NACHRICHTEN
DER NIEDERSÄCHSISCHEN
VERMESSUNGS- UND
KATASTERVERWALTUNG

Nr. 3 Hannover, Juli 1954 4. Jahrgang

NACHRICHTEN DER NIEDERSÄCHSISCHEN VERMESSUNGS- U. KATASTERVERWALTUNG

Nr. 3

Hannover, Juli 1954

4. Jahrgang

I N H A L T :

	Seite
STOCK-ROTHER: Die Landesvermessung in Niedersachsen	81
BERICHT ÜBER DIE TAGUNG DER BEAMTEN DES HÖHEREN DIENSTES DER NIEDERSÄCHSISCHEN VERMESSUNGS- UND KATASTERVERWALTUNG IN BAD NENNDORF	
Vorbemerkung (Reg.Dir.Dr.Nittinger)	83
Rationalisierung und Modernisierung des Vermessungs- wesens (Reg.Dir.Dr.Nittinger)	84
Pläne zur Vereinfachung des Verwaltungsaufbaues und des Verfahrens (Reg.Dir.Geffers)	91
Modernisierung und Rationalisierung im Vermessungs- dienst, insbesondere in der Kreisstufe (Prof.Dr.Großmann) ..	93
Landesvermessung und Katastervermessung, eine Arbeits- einheit (ORuvR.(Min.Rat a.D.)Dr.Gronwald)	103
Die Tätigkeit des Katasteramtsleiters bei der Ordnung des Grund und Bodens (RVR.Niemann)	113
Jede Messung ein Baustein zur Erneuerung des Katasters (RVR.Elstner)	119
Die Gebührenordnung der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung und ihre Anwendung (ORuvR.Radamm) ...	130
Personalnachrichten	139

Die Artikel stellen die Meinung der Verfasser dar, die nicht unbedingt mit der von der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung vertretenen Meinung übereinstimmt.

Einsendungen an Amtsrat Kaspereit, Hannover, Heinrichstraße 11

Die Landesvermessung in Niedersachsen

Von Günter Stock-Rother, NWDR Hannover

Wirklich gute Reportagen aus dem Vermessungswesen sind selten. Das mag zu einem großen Teil daran liegen, daß dieses Fachgebiet wenig bietet, was im landläufigen Sinne als publikumswirksam oder gar als sensationell anzusehen ist. Vor allem aber läßt sich dabei für die Reporter eine recht gründliche Vertiefung in eine Materie nicht vermeiden, die den meisten von ihnen auf den ersten Blick recht trocken und auch ziemlich schwierig erscheinen mag, wodurch sie sich wohl oft abschrecken lassen. Um so erfreulicher war es, daß der Nordwestdeutsche Rundfunk im Rahmen der Sendung „Niedersachsen - Land und Leute“ am 6. April 1954 eine Reportage aus dem Vermessungswesen bot, die auch in fachlicher Hinsicht volle Zustimmung finden konnte. Dies und die Annahme, daß viele Kollegen diese im Programm nicht besonders angekündigte Sendung nicht gehört haben, veranlaßt uns zu dem nachstehenden Abdruck. Gleichzeitig bedanken wir uns bei Herrn Günter Stock-Rother vom NWDR dafür, daß er uns das Manuskript seiner Reportage bereitwillig zur Verfügung gestellt hat. Ka.

Nicht weit vom Aegidientorplatz, am Warmbüchenkamp, wird fleißig an der Fertigstellung des neuen Landesvermessungsamtes gearbeitet. Obwohl die Ecke Warmbüchenkamp-Warmbüchenstraße kaum mehr als einen Steinwurf weit vom lauten Treiben des Innenstadtverkehrs abliegt, wird sie doch nicht davon selbst berührt, und darin bietet sich ein Gleichnis für die Tätigkeit an, die bald dort ihre neue Heimstätte finden soll. Überlegen Sie nur einen Augenblick, daß die kartographischen Ergebnisse einer zuverlässigen Landesvermessung — vom privaten Bereich des geordneten und befriedeten Grundbesitzes, über die Belange der Verkehrs-, Stadt- und Landesplanung bis zur Festlegung der staatlichen Grenzen, ja bis zur Orientierung der weltweiten menschlichen Beziehungen rund um den Erdball — eine unabdingbare Voraussetzung darstellen. Atlanten und Karten sind gleichsam die „Zauberbrille“ der Zivilisation, mit der sie einerseits den ganzen Globus auf einen Blick umspannen kann, mit der sie aber auch andererseits den kleinsten Schrebergarten bis auf den letzten Quadratmeter übersieht und die Spitze der Marktkirche wie die des Eifelturmes zwischen den Polen im Netz der Koordinaten festlegt. Als fortschrittliche Bürger des 20. Jahrhunderts wissen wir zwar mit dieser Zauberbrille, wie mit den vielen anderen technischen Segnungen unseres Jahrhunderts leidlich umzugehen, aber wir machen uns kaum eine Vorstellung über ihre Hintergründe, ihr Zustandekommen. Und so — um zu dem Gleichnis zurückzukehren — steht unser neues Landesvermessungsamt zwar in Rufweite vom lärmenden Verkehr am Aegidientorplatz, also mitten im Zentrum der Landeshauptstadt, ohne mit seiner ebenso wichtigen wie unaufdringlichen Arbeit an der lauten Vordergrundigkeit teilzuhaben.

Es wäre natürlich ein aussichtsloses Beginnen, Ihnen in diesen wenigen Minuten einen auch nur annähernd ausreichenden Überblick über die Arbeitsweise und den vielseitigen Tätigkeitsbereich der Landesvermessung vermitteln zu wollen. Sicherlich haben Sie schon einmal in der Stadt oder draußen einen Meßtrup bei der Arbeit gesehen. Wie ein großer Raster überzieht das Netz der trigonometrischen Punkte unser Land, ein Netz von Dreiecksbezügen, das Grundnetz der Vermessung. Ein Prinzip der Nachbarschaft ist in diesem Dreiecksfeld augenfällig lebendig, denn das Blickfeld jedes Einzelpunktes reicht innerhalb des Rasters nicht weiter als bis zu seinen Nachbarpunkten, auf die er sich bezieht und auf die er sich verlassen können muß. Von diesem weitmaschigen Grundnetz ausgehend wendet sich die Vermessungstechnik der Erfassung der engerräumigen Beziehungen innerhalb der einzelnen Maschen zu. Sie arbeitet also vom Großen ins Kleine, von der Weite in die Enge. Die optische Industrie gibt den Vermessungsingenieuren bei dieser Tätigkeit ein so präzises und verlässliches Instrumentarium an die Hand, daß die Fehlergrenzen bis an die dritte und vierte Stelle hinter dem Komma gedrängt werden. — Das ist natürlich nicht immer so gewesen. Wie auf allen Gebieten unseres modernen Lebens ist auch im Bereich der Vermessung der technische Fortschritt ein Kind der letzten 150 Jahre. Es lohnt sich schon — gerade im niedersächsischen Raum — ein wenig in der Geschichte der Landesvermessung zu blättern. Da finden wir keinen Geringeren als den berühmten Mathematiker Carl Friedrich Gauß, dessen 100. Todestag nächstes Jahr bevorsteht, als Leiter der ersten vollständigen Triangulation des hannoverschen Königreiches. In den Jahren 1821 — 1844 ging

diese langwierige Arbeit vor sich. Der in den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von v. Papen herausgegebene „Topographische Atlas des Königreichs Hannover und des Herzogtums Braunschweig“ bezieht sich auf 3000 dieser Gauß'schen trigonometrischen Punkte, übrigens ein für seine Zeit bemerkenswert sorgfältiger und fortschrittlich gehaltener Atlas.

Wenn man mit Gauß den Beginn des modernen Vermessungswesens in Niedersachsen datieren kann, so reichen die Anfänge einer Kartographie unseres Raumes doch noch wesentlich weiter zurück. Die wichtigsten älteren amtlichen Karten Niedersachsens sind im 16. Jahrhundert entstanden. Sie sind als Auswirkung der für die Kartographie so einschneidenden geschichtlichen Vorgänge gegen Ende des 15. Jahrhunderts zu verstehen. Denken Sie an die Erfindung der Buchdruckerkunst, des Plattendrucks und der Kupferstiche und ferner an die Erweiterung des europäischen Horizontes durch die berühmten Entdeckerfahrten nach Westen und Südosten. Dieser Zeitabschnitt bringt den Karten insbesondere ein Gradnetz, nördliche Orientierung und astronomisch festgelegte Werte. Besonders augenfällig an diesen älteren Karten ist die mehr oder weniger bildhafte Darstellung der Landschaft und dessen, was der Kartenkünstler nun gerade für besonders darstellenswert erachtete. Erst im Laufe der Jahrhunderte setzt sich die Vogelperspektive durch. Als ein Beispiel aus der Kartographie jener frühen Zeit sei auf den Atlas über das Fürstentum Lüneburg hingewiesen, den der Celler Hofarzt Dr. Mellinger dem Herzog Ernst August von Lüneburg im Jahre 1600 zum Geschenk machte. Aber nun wieder zurück in die Gegenwart, zurück zu unserem Niedersächsischen Landesvermessungsamt, über dessen Veröffentlichungen es wahrlich genug Bemerkenswertes zu berichten gibt. Leider müssen wir uns auch hier wieder auf eine kleine Auswahl und wenige Hinweise beschränken, wobei wir Ihr Augenmerk nicht so sehr auf die breite Routinearbeit an der Laufendhaltung, Herstellung und am Druck der verschieden maßstäblichen Standard-Kartenwerke richten wollen, als vielmehr auf die interessanten Sonderveröffentlichungen. Da sind die Wanderkarten vom Deister und Saupark, von der Lüneburger Heide, vom Westharz und Ostharz mit Skiwegen. Da sind die Stadt- und Inselpläne, die Umgebungskarten. Natürlich gibt es dergleichen nicht nur in Niedersachsen.

Ein ganz besonderes Verdienst hat sich das Landesvermessungsamt durch die Herausgabe des topographischen Atlas „Die Landschaften Niedersachsens“ in jüngerer Zeit erworben. Mit seinen 114 amtlichen Karten und 13 Skizzen stellt dieses Werk nicht nur eine Geographie der vielgestaltigen niedersächsischen Kleinlandschaften in ihrer jeweils typischen individuellen Eigenart dar, wobei jede Karte durch eine nebenstehende ganzseitige Legende erläutert und analysiert wird. Vielmehr ist in diesem Kartenlesebuch der Versuch einer kartographischen Landeskunde glücklich und beispielhaft verwirklicht. Ein Werk, das zu Lehrzwecken an den Grund- und Oberschulen ebenso geeignet ist wie für die Universitäten, und das nicht zuletzt für jeden Heimatfreund in Niedersachsen eine unentbehrliche Bereicherung seiner Bibliothek darstellen wird. Das positive Echo, das dieser niedersächsische Atlas im Ausland, nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten gefunden hat, ist ein gutes Zeichen für seine Qualität und eine Anerkennung sowohl für Herrn Dr. Erich Schrader als den geistigen Vater des Werkes wie für das Landesvermessungsamt als Herausgeber.

Das Landesvermessungsamt gibt seit mehreren Jahren einen Monatskalender heraus, worin es jedesmal eines seiner Arbeitsgebiete zum Thema wählt, sei es die Topographie, die Dreiecks- und Höhenmessung, die Neumessung oder — wie in diesem Jahr — die Katastervermessung. Diese Kalender haben nicht nur die Funktion, jeweils ein Fachgebiet der Vermessungskunde in der Form eines übersichtlichen Kompendiums zusammenzustellen, sie sind darüber hinaus ein eigenwilliger — und für eine Behörde ein ungewohnter Ausdruck des Wunsches, der Öffentlichkeit einen anschaulichen Einblick in ein Tätigkeitsgebiet zu vermitteln, von dem sie sonst wenig erfährt. Und wenn wir heute versucht haben, Ihnen einen kleinen Überblick über die Arbeit und die Vorgeschichte der niedersächsischen Landesvermessung zu geben, so haben wir uns nicht zuletzt in den Dienst dieses Anliegens gestellt. Unsere Hoffnung, daß wir damit Ihr Interesse für die heimatliche Landesvermessung ein wenig geweckt haben, ist hoffentlich nicht allzu vermessend.

BERICHT

über die Tagung der Beamten des höheren Dienstes der Niedersächsischen Vermessungs- und Kataster- verwaltung in Bad Nenndorf

Vorbemerkung

Nach Abschluß der Tagung der Beamten des höheren Dienstes der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung, die in der Zeit vom 20.-23. April 1954 in Bad Nenndorf stattfand, wurde von vielen Seiten der Wunsch nach einem ausführlichen Bericht über die Vorträge und Diskussionen geäußert. Diesem Wunsch soll durch die nachstehende Veröffentlichung Rechnung getragen werden. Da der Inhalt der Vorträge aus Platzmangel nur in gekürzter Form wiedergegeben kann, müssen gewisse Mängel in Kauf genommen werden. Sinn der Zusammenstellung ist, denjenigen, die an der Tagung teilgenommen haben, die angeschnittenen Fragen noch einmal ins Gedächtnis zurückzurufen, darüber hinaus die übrigen Angehörigen der Verwaltung mit den Ergebnissen der Tagung bekannt zu machen und schließlich Allen eine Richtschnur für die künftige Arbeitsgestaltung in die Hand zu geben.

Durch die Tagung sollte die Vereinfachung und Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens in den Vordergrund gerückt werden. In gemeinsamer Beratung wurden die Mittel und Wege erörtert, wie die große Arbeitslast, die auf allen Stellen des Vermessungs- und Katasterdienstes ruht, bewältigt werden kann.

Die Aussprachen der Tagung werden, das läßt sich schon jetzt sagen, wesentlich dazu beitragen, daß diesen Fragen künftig in weit stärkerem Maße als bisher und besonders an der "Front" unserer Verwaltung Beachtung geschenkt wird. Zugleich hat sich dabei gezeigt, daß solche Tagungen zur Fortbildung der Verwaltungsangehörigen dringend nötig sind, und es ist zu hoffen, daß weitere Tagungen dieser Art stattfinden können.

gez. Dr.habil. NITTINGER
Regierungsdirektor.

Rationalisierung und Modernisierung des Vermessungswesens

Kurzfassung des Vortrages von Regierungsdirektor Dr. Ing. habil. Nittinger,
Nds. Ministerium des Innern

GLIEDERUNG:

- A. Einleitung
- B. Organisation der Vermessungs- und Katasterverwaltung
 - 1. Äußere Organisationsform
 - 2. Innere Organisationsform
 - 3. Vermessungsgesetzgebung
- C. Organisation der Arbeit im Vermessungs- und Katasterdienst
 - 1. Allgemeine Erörterungen
 - 2. Empirische oder theoretische Erkenntnis für die Organisation der Arbeit
 - 3. Ermittlung von Bewertungszahlen
- D. Personalangelegenheiten
 - 1. Personalstärke und -verteilung
 - 2. Ausbildungsfragen
 - 3. Beurteilung des Personals
- E. Einrichtung der Ämter
 - 1. Allgemeines
 - 2. Instrumente und Geräte
 - 3. Motorisierung
 - 4. Unterbringung
- F. Arbeitsmethodik
 - 1. Beobachtung der Arbeitsvorgänge
 - 2. Prüfung beigebrachter Messungsschriften
 - 3. Gebühren
- G. Schluß

A. EINLEITUNG.

Die Rationalisierung und Modernisierung des Vermessungs- und Katasterwesens ist eine aktuelle Angelegenheit, die auch im Gesamtrahmen der Verwaltung zu betrachten ist.

B. ORGANISATION DER VERMESSUNGS- UND KATASTERVERWALTUNG.

Innere und äußere Organisationsform sind für die Vermessungs- und Katasterverwaltung von besonderer Tragweite. Das Werk und die Arbeit sind eine Funktion der Organisationsform.

1. Äußere Organisationsform.

Die äußere Organisationsform ist letzten Endes eine politische Frage und wird daher auf einer anderen Ebene als der der Verwaltung entschieden. Ob z.B. das Vermessungs- und Katasterwesen eine staatliche, kommunale oder Auftragsangelegenheit ist, ist eine Frage der äußeren Organisationsform und somit eine Funktion der Politik.

2. Innere Organisationsform.

Die innere Organisationsform ist von seiten der Vermessungs- und Katasterverwaltung aus zu steuern. Vor allen Dingen kommt es darauf an, in welcher Weise Aufgaben der Kataster- und Landesvermessung auf die Dienststellen der Vermessungs- und Katasterverwaltung verteilt werden. Grundsatz muß sein, daß die Arbeiten bei der Dienststelle erledigt werden, bei der sie aus sachlichen und wirtschaftlichen Gründen am zweckmäßigsten ausgeführt werden. Besonders bedeutungsvoll ist die Entscheidung, welche Aufgaben der Landesvermessung von den Katasterämtern übernommen werden können und müssen.

3. Vermessungsgesetzgebung.

Viele Fragen der Organisation sind auch von der Gesetzgebung abhängig. Die Vermessungsgesetzgebung ist durch den Krieg und die Folgeerscheinungen unterbrochen worden. Die Weiterentwicklung der Vermessungsgesetzgebung ist unbedingt erforderlich. Es ist für die Funktionsfähigkeit der Vermessungs- und Katasterverwaltung notwendig, daß endlich einmal in vielen Fragen die gesetzlichen Grundlagen geschaffen werden. Vorbereitungen zur Herausgabe eines Vermessungsgesetzes sind im Gange. Dieses ist eine Voraussetzung für ein wirtschaftlich arbeitendes und modernes Vermessungswesen.

C. ORGANISATION DER ARBEIT IM VERMESSUNGS- UND KATASTERDIENST.

1. Allgemeine Erörterungen.

Es muß untersucht werden, ob und wie die Arbeit, die Tag für Tag zu bewältigen ist, rationalisiert werden kann. Die Rationalisierung bei einem Betrieb in der freien Wirtschaft und die bei einer Verwaltungsstelle sind nicht miteinander vergleichbar. In der freien Wirtschaft sollen Gewinne für den Unternehmer herauskommen, bei der Verwaltung aber muß das höchste Ziel sein, der Allgemeinheit zu dienen. Die wirtschaftliche und moderne Gestaltung des Vermessungs- und Katasterdienstes kann daher nicht von irgendeinem Augenblicksgedanken her aufgefaßt werden, zumal ein Vermessungswerk nicht nur für einige Jahre hergestellt wird, sondern in der Regel einen Zeitraum von Jahrzehnten überdauern soll.

Die Entscheidung ist für das Mehrzweckkataster gefallen. Dadurch haben die Arbeiten für die Herstellung und Fortführung der Katasterwerke wesentlich zugenommen. Es sind seit jeher Mittel und Wege gesucht worden, die Arbeiten wirtschaftlich zu gestalten. Man hat Hilfs- und Sparmaßnahmen eingeführt, die auf Kosten der Güte der Vermessungswerke gingen. Geld und Personal für eine vollständige Erneuerung der Vermessungswerke waren niemals vorhanden. An eine vollständige Neumessung, die vielleicht am wirtschaftlichsten wäre, kann nicht mehr gedacht werden. Das Vermessungs- und Katasterwesen kann nur durch umwälzende organisatorische Maßnahmen grundsätzlicher Art wirtschaftlicher gestaltet werden. So ist z.B. u.a. jede Messung so anzulegen, daß sie ein Beitrag zur Erneuerung des Katasters bedeutet. Der Erneuerungsgedanke muß auch von außen her kommen und zwar von denjenigen Stellen und Personen, die das Vermessungs- und Katasterwerk beanspruchen. Anweisungen und Richtlinien für die Erneuerung des Vermessungs- und Katasterwerks sind gebracht worden, aber nicht die Vorschriften, sondern die Menschen besorgen letzten Endes die Arbeiten. Wenn es auch zur Zeit schwer fällt, die vorhandene Arbeit mit dem zur Verfügung stehenden Personal zu bewältigen, so sollte man nicht sofort nach Personalverstärkung rufen, sondern vorerst den Gedanken der Rationalisierung und Modernisierung aufgreifen. Ein gutes Wissen und eine genaue Kenntnis des gesteckten Zieles und des Arbeitsganges werden auch Wege für eine Rationalisierung der Arbeit finden lassen.

2. Empirische oder theoretische Erkenntnis für die Organisation der Arbeit.

Erkenntnis kann auf zweierlei Art gewonnen werden. Sie kann empirisch erreicht oder aus erkenntnistheoretischen

Erwägungen gewonnen werden. Das empirische Verfahren ist wegen des Wandels des Katasteramtes vom Steuer- zum Vermessungsamt nur bedingt möglich. Auf Grund der erkenntnistheoretischen Überlegung kommt man zu der Ermittlung von Bewertungszahlen. Diese ergeben sich aus den typischen oder am häufigsten vorkommenden Arbeitsfällen, die auf den Ämtern vorhanden sind.

3. Ermittlung von Bewertungszahlen.

Die Ermittlung der Bewertungszahlen erfolgt mit einigen Hypothesen und Kombinationen. Das Endergebnis ist aber keine Prophezeiung, wie behauptet wird. Es ist daher notwendig, Verständnis für die Erhebungen zur Ermittlung der Bewertungszahlen aufzubringen. Man muß Abweichungen vom Normalstand ermitteln.

D. PERSONALANGELEGENHEITEN.

1. Personalstärke und -verteilung.

Mit einer Erhöhung des Personalstandes ist im nächsten Haushaltsjahr nicht zu rechnen. Wir müssen zunächst mit dem vorhandenen Personal weiterkommen. Daher ist es notwendig, Arbeitsfreudigkeit, Geist der Gemeinschaft, kameradschaftliche Verbundenheit, Betriebsklima und Fragen der menschlichen Beziehung im Betrieb zu fördern. Gutausgebildetes und leistungsfähiges Personal ist ausschlaggebend.

2. Ausbildungsfragen.

Es ist von Bedeutung, daß man sich eingehend des Nachwuchses und des im Dienst befindlichen Personals widmet. Den Auszubildenden ist möglichst früh Verantwortung zu übertragen.

3. Beurteilung des Personals.

Das Personal muß zutreffend beurteilt werden. Man darf nicht aus dem Gedanken heraus, dem zu Beurteilenden die Zukunft nicht zu verbauen, eine gute Beurteilung abgeben. Persönliche Rücksichtnahme darf bei der Beurteilung keine Rolle spielen, ausschlaggebend sind vielmehr fachliche Eignung und Charakter. Der Amtsleiter muß sich des Personals annehmen, und sich mit jedem seiner Mitarbeiter beschäftigen. Alte eingefahrene Methoden soll man nicht einfach weiterlaufen lassen. Die Fortbildung des Personals ist unbedingt notwendig.

E. EINRICHTUNG DER ÄMTER.

1. Allgemeines.

Die Ausstattung der Ämter ist in den letzten Jahren stark gefördert worden. Das muß auch einmal anerkannt werden. Die Gestaltung der Diensträume hängt nicht immer von den finanziellen Mitteln ab, sondern es läßt sich auch ein ansehnlicherer äußerer Eindruck durch einfache Mittel erzielen.

2. Instrumente und Geräte.

Bei unserer Messungstätigkeit wird eine volle Mechanisierung nicht durchführbar sein. Die Anschaffung von Instrumenten und Geräten wird soweit gefördert, daß ein Optimum entsteht. Geräte müssen aber ausgelastet sein.

3. Motorisierung.

Bei der Motorisierung der Katasterämter ist besonders darauf zu achten, daß die den Katasterämtern zur Verfügung gestellten Kraftfahrzeuge wirtschaftlich eingesetzt werden.

4. Unterbringung.

Die Unterbringung der Ämter ist sehr stark gefördert worden. Eine bessere räumliche Unterbringung wird für weitere Katasterämter noch erfolgen.

F. ARBEITSMETHODIK.

1. Beobachtung der Arbeitsvorgänge.

Die Prüfung der Arbeitsvorgänge erfolgt mit Hilfe der Statistik. Jeder Arbeitsvorgang ist in Arbeitsstadien aufzugliedern. Die auf die einzelnen Arbeitsabschnitte entfallenden Anteile an Arbeitszeit und Kosten sind prozentual zu ermitteln. Eine Abweichung vom Durchschnittssatz macht uns darauf aufmerksam, daß etwas nicht stimmt. Ferner erkennt man, bei welchem Arbeitsabschnitt eine Rationalisierungsmaßnahme sich überhaupt lohnt. Es muß aber auch überprüft werden, ob die Rationalisierung und Modernisierung der Vermessungs- und Katasterverwaltung nicht anders gelöst werden muß. Nicht nur Einzelmaßnahmen führen zu diesem Ziel, sondern was viel wichtiger ist, ist die Klärung, ob die Arbeiten, die wir heute alle ausführen, unbedingt ausgeführt werden müssen. Wir müssen uns darüber klar werden, welche Arbeiten vorrangig sind.

Bedeutungsvoll ist selbstverständlich der Plan, wie man die Arbeit ausführen will. Die Prüfung der Arbeit muß sich auf das unumgänglich Notwendige beschränken. Sie darf sich nicht nur auf die Richtigkeit, sondern - was viel wichtiger ist - sie muß sich auch auf die aufgewendete Arbeitszeit und angewandte Arbeitsmethode erstrecken.

2. Prüfung beigebrachter Messungsschriften.

Bei der Prüfung beigebrachter Messungsschriften soll man nur da prüfen, wo es unbedingt notwendig ist.

3. Gebühren.

Eine wesentliche Änderung der Gebührenordnung führt nicht zu einer Verbesserung der Situation im Vermessungs- und Katasterdienst.

G. SCHLUSS.

Wirtschaftlichkeit und Vereinfachung im Vermessungs- und Katasterwesen haben nur Erfolg, wenn das gesamte Personal mit aller Entschlossenheit und ganzem Herzen an dem vorgezeigten Plan mitarbeitet.

AUS DER DISKUSSION ERGABEN SICH FOLGENDE GRUNDSÄTZLICHE GEDANKEN UND ANREGUNGEN:

Es wurde klargestellt, daß die technischen Arbeiten im wesentlichen beim Katasteramt ausgeführt werden sollen. Allerdings wurde von vielen Seiten darüber Klage geführt, daß die Zusammenarbeit zwischen Kataster- und Landesvermessungsamt nicht immer ganz reibungslos verläuft. Vor allen Dingen wurde darauf hingewiesen, daß immer noch Doppelarbeiten vorkommen. Man war der Ansicht, daß der topographische Meldedienst, die Übernahme der trigonometrischen Punkte und die Berichtigung des Kartenwerks 1:5 000 einer Überprüfung unterzogen werden müssen.

Aus der Diskussion ergab sich auch mehrmals der dringende Wunsch, daß ein Vermessungsgesetz zur Klärung vieler Fragen eine Notwendigkeit sei. Es wurde darum gebeten, daß der Entwurf des Vermessungsgesetzes zur Kenntnis gebracht wird, damit auch schon von seiten der Praxis her Vorschläge kommen.

Daß gewisse Bewertungszahlen gebraucht werden, wurde ebenfalls anerkannt, aber mit dem Hinweis, daß es zu keiner Überbewertung der Statistik kommen darf. Man sollte dafür sorgen, daß die statistischen Erhebungen weniger Arbeit verursachen.

Sehr starke Klagen wurden über das nicht ausreichende Personal vorgebracht. Es wurde von vielen Seiten vortragen, daß mit dem vorhandenen Personal die Arbeit auf die Dauer auf keinen Fall zu schaffen sei. Es müßte aber auch für die Erhaltung des bereits zur Verfügung stehenden Personals gesorgt werden. Ferner wurde darauf hingewiesen, daß eine klare Zielsetzung für die Ausführung der Arbeiten erfolgen müsse. Es käme sehr stark darauf an, daß man wisse, welche Arbeiten vorrangig seien, welche zunächst noch zurückgestellt werden könnten und welche man überhaupt nicht ausführen solle.

ZUSAMMENFASSEND KAM MAN ZU FOLGENDEM ERGEBNIS:

Bei den organisatorischen Maßnahmen soll darauf geachtet werden, daß eine klare Aufgabenverteilung auf die Dienststellen der Vermessungs- und Katasterverwaltung nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten erfolgt. Jede Doppelarbeit muß vermieden werden. Die Zusammenarbeit zwischen Landesvermessungs- und Katasteramt wird einer genauen Prüfung unterzogen. Daraufhin wird festgestellt, welche Vereinfachungsmaßnahmen noch möglich sind. Die Bewertungszahlen werden ermittelt, aber es wird darauf geachtet, daß die Erhebungen für die Bewertungszahlen nicht zu einer wesentlichen Arbeitsbelastung der Katasterämter führen. Bei den Personalangelegenheiten wird versucht werden, in den nächsten Jahren eine weitere Verbesserung einzuführen. Es wird angestrebt, zunächst einmal mehr Kanzleikräfte beschäftigen zu können und die auslernenden Vermessungstechniker-Lehrlinge in die Verwaltung zu übernehmen. Es soll auch angestrebt werden, die vorliegenden Arbeiten in der Vermessungs- und Katasterverwaltung nach ihrer Bedeutung zu erkennen, und je nach den örtlichen Verhältnissen klarer herauszustellen, welche Arbeit vorrangig ist.

Die Diskussion schloß mit der Versicherung der Anwesenden, daß sie die Rationalisierung und Modernisierung des Vermessungswesens für unbedingt wichtig halten und daß sie hieran im Interesse der Allgemeinheit, die das Vermessungs- und Katasterwesen immer mehr beanspruche, mithelfen wollten.

Pläne zur Vereinfachung des Verwaltungsaufbaues und des Verwaltungsverfahrens

Kurzfassung des Vortrages von Regierungsdirektor G e f f e r s, Nds. Ministerium des Innern

Herr Regierungsdirektor G e f f e r s hielt über dieses Thema einen weit angelegten Vortrag; an dieser Stelle soll jedoch nur auf die Punkte eingegangen werden, die die Niedersächsische Vermessungs- und Katasterverwaltung unmittelbar berühren.

Der Aufbau der Verwaltung ist allgemein durch die Entwicklung der Nachkriegszeit mit ihren unklaren und zum Teil schwierigen Verhältnissen beeinträchtigt worden. Nachdem eine gewisse Beruhigung eingetreten ist, wird allenthalben der Ruf nach einer Verwaltungsreform laut. Man denke u.a. an die von Ministerpräsident A r n o l d in Nordrhein-Westfalen eingeleiteten Maßnahmen, die besonders viel von sich reden machen.

Bei einer Verwaltungsreform ergibt sich die Notwendigkeit, geschichtlich Gewordenes richtig zu berücksichtigen. Für Niedersachsen entstehen besondere Schwierigkeiten dadurch, daß sich das Land aus 3 ehemaligen Ländern sowie Teilen des ehem. Landes Preußen zusammensetzt, die alle eine eigenständige Entwicklung der Verwaltung hatten.

Als nächste wichtige Maßnahme auf dem Gebiet der Verwaltungsreform ist in Niedersachsen ein Gesetz über das Verwaltungsverfahren vorgesehen, das sich in folgende Abschnitte gliedert: 1. Allgemeine Vorschriften, 2. Beschlußverfahren, 3. Rechtsmittelverfahren, 4. Vollstreckungsverfahren und 5. Übergangs- und Schlußbestimmungen.

Als Teil der gesamten Landesverwaltung wird die Niedersächsische Vermessungs- und Katasterverwaltung von allen Reformmaßnahmen auf dem Gebiete der gesamten Verwaltung mehr oder weniger berührt.

Es ist interessant festzustellen, daß, wie aus den Ausführungen von Herrn Regierungsdirektor Dr. N i t t i n g e r zu entnehmen ist, ein enger Zusammenhang zwischen dem Problemkreis der allgemeinen Verwaltung und den Problemen besteht, die die Niedersächsische Vermessungs- und Katasterverwaltung von sich aus als die wichtigsten herausgestellt hat. Hierzu gehört vor allem die Frage der Verlagerung der Aufgaben nach unten.

Es ist bekannt, daß die Gesetzgebung des Vermessungswesens sehr lückenhaft ist bzw. nicht mehr den Anforderungen der Zeit entspricht. Hier muß bald etwas geschehen, und entsprechende Maßnahmen sind eingeleitet.

AUS DER DISKUSSION ERGABEN SICH FOLGENDE
GRUNDSÄTZLICHE GEDANKEN UND ANREGUNGEN:

Jedes neue Gesetz, jede neue Bestimmung und Vorschrift muß unter dem Gedanken der Verwaltungsreform betrachtet werden und vor allem einen Beitrag zur Verwaltungsvereinfachung liefern.

Es wurde angeregt, baldigst eine neue Geschäftsanweisung für Regierungen und Verwaltungspräsidien herauszugeben, die bezüglich der Aufteilung der Aufgaben auf die einzelnen Dezernate Einheitlichkeit in allen Bezirken herbeiführt.

Als besonders wichtig wurde die Herausgabe eines Vermessungsgesetzes bezeichnet, das eine sichere Grundlage für das Vermessungswesen bildet.

Bei einer Neueinteilung von Verwaltungsbezirken dürfen die Belange der Katasterämter nicht vergessen werden.

Modernisierung und Rationalisierung im Vermessungsdienst, insbesondere in der Kreisstufe

Kurzfassung des Vortrages von Professor Dr. G r o ß m a n n, Techn. Hochschule Hannover

GLIEDERUNG:

1. Rationalisierungsmöglichkeiten im allgemeinen.
2. Zahlenkataster oder graphisches Kataster.
3. Die Herstellung eines umgedruckten großmaßstäbigen Allzweckkartenwerks.
4. Zeichnung und Vervielfältigung der entstehenden Rahmenkarten.
5. Die Rationalisierung der Fortführungsmessungen.
6. Rationalisierung der Messungen durch moderne Winkel-, Strecken- und Höhenmeßverfahren.
7. Einsatz der Luftbildmessung.
8. Rationalisierung der Rechnungen.

Über ein sehr ähnliches Thema hat Herr Regierungsdirektor Dr. N i t t i n g e r bereits zu Ihnen gesprochen, so daß ich bitte, meine Ausführungen teils als Korreferat, teils als Ergänzung aufzufassen. Mein Thema behandelt die rein technische Modernisierung und Rationalisierung vornehmlich in den örtlichen Dienststellen.

1. RATIONALISIERUNGSMÖGLICHKEITEN IM ALLGEMEINEN.

Rationalisierung ist überall dort angebracht, wo ständig gleichbleibende Produkte in großer Zahl hergestellt werden. Im Vermessungswesen ist diese Voraussetzung jedoch nur selten gegeben, so daß der Rationalisierung verhältnismäßig geringe Angriffsflächen geboten sind.

Die enge Verbindung mit dem Publikum, d.h. mit den einzelnen Menschen verlangt für jeden Fall eine individuelle Lösung. Wir können also lediglich darauf ausgehen, einzelne immer wiederkehrende Unterabschnitte unserer Arbeit durch organisatorische und technische Mittel zu vereinfachen.

In einem Individualbetrieb ist die wichtigste aller Maßnahmen eine gute und schnell arbeitende Schaltung, d.h. alle Arbeitsgänge müssen reibungslos ineinander übergreifen, so daß weder Zusammenballungen noch tote Räume entstehen. Für jeden Arbeitsgang muß der jeweils kürzeste Weg gewählt werden. Das Herz der Rationalisierung ist also der Amtsleiter in eigener Person. Auf der einen Seite muß er in seinem Amt ständig jeden einzelnen Arbeitsgang und das Zusammenwirken aller vor Augen haben, zum anderen muß er immer auf der Jagd nach neuen Erkenntnissen sein und Verantwortungsbewußtsein sowie Freude am Fortschritt haben. Ein Amtsleiter, der sich nur auf Ministerial-Erlasse und Dienstanweisungen stützt und sich von sich selbst aus um den Fortschritt nicht kümmert, ist kein Amtsleiter, sondern bestenfalls ein Stelleninhaber.

2. ZAHLENKATASTER ODER GRAPHISCHES KATASTER.

Um die richtigere Einstellung zu den heutigen Problemen zu gewinnen, muß man sich klar sein, daß der Weg des preußischen Katasters, wie P f i t z e r es in seiner nachgelassenen Schrift näher ausgeführt hat, auf weite Strecken ein Irrweg gewesen ist. Hervorgerufen ist dieser Irrweg durch die unglückselige Teilung in Kataster- und Landesvermessung und das ungewöhnlich geringe Verständnis der preußischen Verwaltung für technische Notwendigkeiten, ein Erbe, das in den norddeutschen Nachfolgestaaten auch heute noch nicht ganz überwunden ist.

Eines bestürzt mich immer wieder von neuem: Das graphische Kataster in Bayern erfreut sich allgemeiner Anerkennung und gilt als eines der vorzüglichsten Hilfsmittel der Wirtschaft, Technik und Verwaltung. Das preußische Zahlenkataster dagegen ist von jeher ein Gegenstand ständiger Angriffe und Sorgen gewesen, auf dem jedermann glaubt, herumreiten zu müssen.

Wenn aber erst einmal ein Irrweg beschritten ist, dann kommt man von ihm nicht los. Dieser Irrweg ist bezeichnet durch die vom Feldmesserreglement über die Anweisung VIII und die Ergänzungsbestimmungen ständig zunehmenden Genauigkeits- und Versicherungsanforderungen, verbunden mit einer zunehmenden Verdünnung des Karteninhalts. Mit den zu hochgeschraubten Anforderungen hat man dann schließlich die Neumessungen praktisch abgewürgt und Karten übrig behalten, die diesen Namen nicht verdienen. Sie weisen weder den

Gebäudebestand noch topographische Einzelheiten nach. Für die Mehrzahl der Benutzer sind diese sogenannten Karten völlig unlesbar; für den Fachmann bedeuten sie nicht viel mehr als ein Übersichtsblatt zum Zahlenriß.

Der Zahlenriß und zwar ein möglichst genauer Zahlenriß, ist im Blickfeld vieler Katasterbeamten die Hauptsache geworden. Wozu aber Zahlengenauigkeit? Bayern kennt trotz graphischen Katasters keine Grenzprozesse, in der Hauptsache wohl deswegen, weil es ein Vermarktungsgesetz hat. Auch Frankreich und England kennen kein Eigentumskataster, und trotzdem gehören Grenzprozesse dort zu den Seltenheiten. Zudem geht die Bedeutung der Eigentums Grenzen immer mehr zurück. Zwar versucht das Grundgesetz diese Entwicklung zu stoppen, aber in dem zum Bersten überfüllten Westdeutschland ist der Zwang, das wenig vorhandene Land mit äußerster Behutsamkeit den Zwecken zuzuführen, für die es am dringlichsten gebraucht wird, wichtiger als aller Eigentumschutz. Für die dazu erforderliche Planung aber gebraucht man nicht Stückvermessungsrisse sondern Karten. Unumgänglich notwendig ist also ein vollständiges großmaßstäbiges Kartenwerk als Grundlage planungstechnischer, agrarpolitischer, verkehrstechnischer und bevölkerungspolitischer Maßnahmen. Das Endziel auf dem Wege zu einer modernen Kataster- und Vermessungsbehörde muß also sein:

3. DIE HERSTELLUNG EINES UMGEDRUCKTEN GROSSMASSSTÄBIGEN ALLZWECKKARTENWERKS.

In Niedersachsen ist, sowohl bei der Zentrale wie auf vielen Ämtern die Herstellung der Grundkarte so erfolgreich angelaufen, daß der Umbruch zu den neuen Anschauungen in der Hauptsache schon vollzogen ist. Die Techniker und Wirtschaftler verlangen aber neben dem Maßstab 1:5000 für begrenzte Gebiete einen noch größeren Maßstab. Die Bayern haben daher neben dem Maßstab 1:5000 in jüngerer Zeit in Dörfern und Städten die Maßstäbe 1:2500 und 1:1000 eingeführt. Aber alle Karten passen in den durch die 5000er Pläne gegebenen Netzrahmen hinein, und sie sind nicht durch Flurstücksnummern belastet. Nur für den internen Gebrauch wird für das Gemeindegebiet eine Art Inselplan zusammengeklebt, in den die Flurstücksnummern eingetragen werden. Das Entscheidende aber ist: Die Karten werden gedruckt und sind daher allen Einwohnern schon vom Schulunterricht in der Heimatkunde her bekannt. Was die Genauigkeitsanforderung angeht, so liegt auf dem Lande lediglich eine Meßtischaufnahme zugrunde; in den Städten ist man später zur Zahlenmethode übergegangen. Ein Seitenblick auf England bestätigt in etwa das bayerisch-württembergische System.

Württemberg hat in kartographischer Hinsicht das gleiche

System wie Bayern; jedoch hat es als kleinsten Maßstab 1:2500, und es hat von Anfang an eine - allerdings von der unseren abweichende - Zahlenmethode benutzt. In Baden begann man mit dem Inselplan und geht seit etwa 30 Jahren allmählich auf die Rahmenkarte über. Württemberg und Baden wird daher in den Einzelheiten für uns noch interessanter als Bayern.

Ziehen wir die Summe aus unseren Betrachtungen, so ist unsere jetzige Katasterkarte nicht viel mehr als ein Archivblatt. Diese Einsicht mag für den einen oder anderen alten Katasterbeamten schmerzlich sein, aber sie ist nötig. Nur diese Einsicht ermöglicht den Schritt vom Katasteramt als einer behördlichen Registriereinrichtung zur zentralen örtlichen Vermessungs- und Kartenstelle.

Ich denke natürlich nicht daran, etwa die Rückkehr zum graphischen Kataster zu empfehlen. Für echte Eigentumsgrenzen - nicht die, die das im 19. Jahrhundert stecken gebliebene Grundbuch nachweist - können und wollen wir die Zahlenmethode nicht aufgeben. Aber für alles andere, was sonst noch in die Karten hineingehört, Verkehrsanlagen, Gebäude, topographische Gegenstände, Kulturarten können wir uns den Luxus der Zahlenverschwendung schon aus Zeitgründen nicht mehr leisten, wenn wir uns von der Entwicklung nicht ebenso überrollen lassen wollen wie das Grundbuch, das infolge seiner Unbeweglichkeit vom modernen Verkehr überrannt ist. Die Schweiz hat das erkannt und für die Menge der Bagatellveränderungen den Grundbuchzwang gelockert. Ich verlese dazu aus einem Schreiben des eidgenössischen Vermessungsdirektors H ä r r y vom 20.4.1954: "So wichtig und notwendig eine strenge Ordnung über die Rechtsausweise für die Veränderungen am Grundeigentum ist, so schädlich wäre sie für das ganze Grundbuchrecht, würde sie für die kleinen Grenzänderungen, welche die Rechte der Pfandgläubiger nicht berühren in aller formalistischen Strenge gefordert. Die einfachen und billigen Ersatzformen machen die zuverlässige Führung des Grundbuches und die Nachführung der Grundstücksbeschreibung im Grundbuchplan erst möglich in denjenigen Fällen, die praktisch an der Substanz der Grundstücke nichts ändern."

Der topographische Inhalt der Karte, den die überwiegende Mehrzahl der Benutzer den Karten entnehmen will, muß ferner mit größter Schnelligkeit nachgeführt werden. Das kann aber, davon bin ich fest überzeugt, auf die Dauer nur die Photogrammetrie leisten, und diese Photogrammetrie muß - ich komme darauf noch zurück - auf dem Amt gemacht werden.

4. ZEICHNUNG UND VERVIELFÄLTIGUNG DER ENTSTEHENDEN RAHMENKARTEN.

Unseren neuen Rahmenkarten, die 5000er wie die größeren Maßstäbe, sind im Publikum noch nicht so bekannt, daß wir wie die Bayern, Württemberger und Engländer uns auf den Druck hoher Auflagen einstellen können. Aber als Fernziel sollte uns das vor Augen schweben.

Wie soll nun die Vervielfältigung in der Zwischenzeit vor sich gehen? Astralonzeichnungen und Ritzfolien gestatten die Abnahme von Lichtpausen. Aber täuschen wir uns nicht, auch eine Lichtpause wird heute nur noch als Behelfslösung empfunden. Ein sauberer Druck macht der herstellenden Dienststelle sicherlich viel mehr Ehre. Die z.Zt. bekannten Druckverfahren sind indessen bei geringen Auflagen für ein kleines Amt zu teuer und zu unwirtschaftlich. Es fehlt also ein Verfahren, das es erlaubt, auf dem Amt mit wenig Apparatur kleine Auflagen zu drucken. Versuche in dieser Richtung sind im Gange.

Wie gestaltet sich nun am einfachsten der Übergang von den alten Insel- zu den neuen Rahmenkarten? Es braucht nicht eine Neukartierung in einem Zuge zu sein! Trägt man aber alle anfallenden Messungen in die allmählich herzustellende Rahmenkarte ein, so wird man erstaunt feststellen, wie schnell das Kartenbild zusammenwächst. So könnte man vielleicht zunächst alte und neue Karten eine zeitlang nebeneinander laufen lassen, bis eines Tages die alte Karte über Bord fliegen kann. Doch die Einzelheiten möge der Initiative des einzelnen überlassen bleiben.

Lassen Sie aber auf alle Fälle in Gebieten mit stärkerer wirtschaftlicher Entwicklung im Blattsystem der Grundkarte 1000er und 2000er Rahmenkarten entstehen und machen Sie sich mit dem Gedanken der Drucklegung vertraut. Die Fortführung gründen Sie aber hauptsächlich auf Luftbilder, die künftig in immer dichter Folge anfallen werden.

Die Herstellung einer modernen Allzweckkarte muß also im Geschäftsbetrieb des modernen Kataster- und Vermessungsamtes an erster Stelle stehen.

5. DIE RATIONALISIERUNG DER FORTFÜHRUNGSMESSUNGEN.

Wir wollen - darüber sind wir uns klar geworden - grundsätzlich am Zahlenkataster festhalten. Aber ob Zahlen- oder graphisches Kataster - eines hat die Erfahrung gelehrt - ohne ein Netz von Festpunkten kann eine großmaßstäbige Karte nicht laufend gehalten werden. Ich will daher hierauf zuerst eingehen.

Man kann nicht generell festlegen, ob die Grundsteuerpolygonierung verworfen oder als Erneuerungsgrundlage dienen soll. Ich bin grundsätzlich gegen derartige Rezepte, weil sie leider der sehr verbreiteten Tendenz, sich um Einzelentscheidungen herumzudrücken, sehr entgegenkommen. Ich halte die Wiederherstellung des alten Netzes dann nicht für gegeben, wenn es praktisch verloren oder durch untüchtige oder nachlässige Bearbeiter falsch wiederhergestellt ist. Auch wenn das Urpolygon schlecht ist, lasse man die Finger davon.

Wird jedoch wiederhergestellt, dann ohne komplizierte Knobeleyen. Man lege nicht Genauigkeiten in die Urmessung hinein, die nie darin gesteckt haben.

Noch verwerflicher als die Wiederherstellung eines für die Wiederherstellung nicht geeigneten Netzes ist der Zahlenkult, der vielfach bei der Wiederherstellung und Prüfung der alten Grenzen betrieben wird. Die Aera Sukow hat uns damals im Gefolge des Urteils von 1910 ein Kuckucksei ins Nest gelegt, das übermäßig viel Platz beansprucht. Seien wir doch ehrlich: Warum ist das damals geschehen? Es geschah - wenn auch unbewußt - um die Bedeutung der Katasterkarte im Lichte jenes Urteils zu unterstreichen. Das ist angesichts der rasanten Aufwärtsentwicklung unseres Arbeitsgebietes heute wirklich nicht mehr nötig.

Gehen wir also zum Ausgangspunkt zurück. Dieser lautet: Das Wichtigste ist eine zusammenhängende, laufendgehaltene und umdruckfähige Karte. Die Messung ist lediglich das Gerüst, das den Benutzer wenig interessiert. Die Überprüfung der alten Grenzen kann doch nur den Sinn haben, offensichtliche Fehler oder sehr grobe Ungenauigkeiten aus der Karte auszumerzen. Dafür aber muß im Regelfall graphische Genauigkeit ausreichen. So halten wir es doch auch bei jeder zusammenhängenden Neumessung. Es ist unverständlich, warum bei Fortführungsmessungen ein anderes Verfahren der Grenzüberprüfung stattfinden soll als bei Neumessungen. Die Vorschriften, die das verlangen, sollten m.E. baldigst abgeändert werden. Aber bitte auch hier kein Rezept, sondern Überlegung!

Ich fasse meine Ausführungen zum Thema Fortführungsmessungen noch einmal in zwei Schlagworten zusammen: Wirksame Rationalisierungsmöglichkeiten liegen nicht bei der e i n z e l n e n Messung sondern im systematischen Ansatz a l l e r Messungen. Bei der einzelnen Messung liegt die Gefahr im Schema. Haupterfordernis ist also, sich vom Schema zu lösen, d.h. kritisch und unabhängig zu denken und nicht vornehmlich den alten, sondern den neuen Zustand im Auge zu haben.

6. RATIONALISIERUNG DER MESSUNGEN DURCH MODERNE WINKEL-, STRECKEN- UND HÖHENMESSVERFAHREN.

Bei der Winkelmessung bedeuten die Zeiss-Wild-Instrumente mit Glaskreisen, Ablesung an einem Ablesefernrohr neben dem Okular auf wenige Sekunden genau, vielfach mit automatischer Mittelbildung, zweifelsohne eine sehr wünschenswerte Erleichterung. Ebenso wichtig ist m.E. die Zwangszentrierung; sie gibt uns die Möglichkeit, Bestimmungsstrahlen ohne Genauigkeitsabfall mehrfach zu brechen. Auf die Vorteile der Zwangszentrierung für die Polygonierung brauche ich wohl nicht hinzuweisen.

Bei der Streckenmessung sind wir nun endlich durch die optische Distanzmessung vom Boden los gekommen, allerdings, um uns jetzt mit der Refraktion herumzuschlagen. Die Vorteile der 2 m-Basislatte gegenüber den Reduktionstachymetern liegt in dem geringeren technischen und finanziellen Aufwand, dem einfacheren Transport sowie in einer stärkeren Unabhängigkeit von den atmosphärischen Verhältnissen. Dem steht ein etwas größerer Arbeitsaufwand und die Schwerfälligkeit bei der Aufnahme von Geländepunkten gegenüber. In der Ebene sind die guten alten Meßbänder doch wohl noch nicht übertroffen, wenn man die Temperaturreduktion berücksichtigt und von der Überteilung und dem Spannungsmesser Gebrauch macht.

Rationalisierung und Modernisierung der Aufnahmeverfahren bei der Stückvermessung und der Fortführungsmessung müssen aus der Praxis kommen. Wie schon gesagt, ist die Anweisung VIII mit ihren Genauigkeitsvorschriften und Kontrollanforderungen vielfach zu weit gegangen. Die Anweisung vom 7.5.1868 hat die Grenze zwischen "notwendig" und "zu viel" besser erfaßt.

Nicht unbeträchtliche Einsparungen lassen sich z.B. erzielen, wenn die Messungslinien in solche I. und II. O. eingeteilt werden, wobei erstere nur für Eigentums Grenzen, letztere für alle anderen Gegenstände gelten mögen. Noch besser ist es, wenn die auf die Messungslinien II. O. verwiesenen Elemente aus Luftbildern übernommen werden.

Die Höhenmessungen sind erst in jüngster Zeit in das Blickfeld des Katasteramtes gekommen. Messungen höchster Genauigkeit (Niv. I. O.) werden vorläufig noch zu den Ausnahmen gehören. Meistens wird es sich um Festpunkt- oder Ingenieurnivellements (Niv. II. O.) handeln. Geeignete Instrumente sind das Zeiss-Nivellier B und entsprechende Instrumente anderer Firmen. Eine bedeutende Neuverung hat die jüngste Zeit gebracht, nämlich das Zeiss-Nivellier Ni 2, durch das sich die Tagesleistungen bei gleichbleibender Genauigkeit um bis zu 40 % erhöht haben.

7. EINSATZ DER LUFTBILDMESSUNG.

Das modernste Meßverfahren, die Luftbildmessung, hat in der Ortsinstanz noch keinen Eingang gefunden, Schuld daran sind die auf Grund erhöhter Genauigkeitsforderungen gebauten Instrumente höchster Präzision, die nicht zu bezahlen sind. M.E. muß und kann aber die Laufendhaltung der 5000er Karte und wohl auch der 2000er und 1000er Rahmenkarten auf die Dauer nur mit Hilfe des Luftbildes und nur auf den Ämtern geschehen.

Erst in jüngster Zeit bricht sich der Gedanke Bahn, einfache Auswertegeräte ausreichender Genauigkeit zu entwickeln. Zeiss-Aerotopograph hat soeben ein Auswertegerät III. O. herausgebracht, das 8.400 DM kostet und daher schon eher in den Rahmen einer Ortsinstanz hineinpaßt. Im Institut von Professor L e h m a n n ist der bekannte Luftbildumzeichner (LUZ) für die Auswertung von Stereobildern umgebaut worden, wodurch der Wirkungsgrad auf das Mehrfache erhöht ist. Im gleichen Institut ist ein Zusatzgerät entwickelt worden, das die bei der Entzerrung und Auswertung von Einzelbildern im Hügelland auftretenden Verzeichnungen weitgehend ausschaltet. Auch der sogenannte "Optische Pantograph" kann im beschränkten Umfange für die Entzerrung von Luftbildern eingesetzt werden.

Ich komme zum Schluß noch kurz auf die

8. RATIONALISIERUNG DER RECHNUNGEN.

Für die Rationalisierung der Rechnungen haben die Rechenmaschinen einen entscheidenden Fortschritt gebracht. Ihre Vorzüge sind so selbstverständlich, daß ich darüber nicht zu reden brauche. Auch auf die Sondervorzüge einzelner Typen will ich nicht eingehen. Die Rechenmethoden sind dank der Arbeiten von Koll, Eggert, Kerl, Rühle und Wittke überall auf Rechenmaschinen umgestellt.

Neben den regulären Rechenaufgaben gibt es auch noch zahlreiche Fälle, die sich der Reglementierung durch eine Anweisung entziehen. Das ist vor allem das Gebiet der Transformationen von Koordinaten mit verschiedenen geodätischen Grundlagen. In Hannover tritt diese Aufgabe vor allem beim Anschluß der Hannoverschen Partialsysteme an das Gauß-Krüger-Netz auf, etwa um den Inhalt der Urkarten in den Gauß-Krüger-Rahmen hineinzubringen. Die hierfür in erster Linie in Frage kommenden Verfahren, die Helmert-Transformation und die maschenweise affine Abbildung mit ihrer Erweiterung durch Strinz, sollten heute jedem Amtsleiter geläufig sein. Es müssen aber auch Art und Zusammenhang der einzelnen Koordinatensysteme sowie ihre Verzerrungseigenschaften bekannt sein, damit nicht tagelang nach

Messungs- oder Rechenfehlern gesucht wird, wo in Wirklichkeit Projektionsverzerrungen vorliegen.

Aber nicht nur auf den etwas selten vorkommenden Randgebieten, sondern auch innerhalb der anweisungsgerechten Verfahren gibt es noch Rationalisierungsmöglichkeiten. Die Anweisung XI unterstellt einen Rechner ohne wissenschaftliche Ausbildung. Sie muß dadurch immer sehr umständliche Wege gehen. Unsere Hannoveraner Studenten werden hoffentlich bei den Verfahren bleiben, die wir ihnen beigebracht haben. Sie können dadurch bei größeren Umformungen leicht 50 % Arbeit sparen.

Damit möge es nun genug sein. Ich darf nur noch einmal kurz zusammenfassen:

Die Vermessungs- und Katasterverwaltung muß, wenn sie sich den Bedürfnissen des Tages anpassen will, mit aller Energie den in den 30er Jahren begonnenen Weg der Umstellung von einer Verwaltungsdienststelle in ein eigenständiges technisches Amt zu Ende gehen. Dabei kommt der Person des Amtsleiters eine gegen früher stark erhöhte Bedeutung zu. Nicht auf die Abänderung einzelner Vorschriften, sondern auf die geistige Erfassung der veränderten Situation kommt es an.

AUS DER DISKUSSION ERGABEN SICH FOLGENDE GRUNDSÄTZLICHE GEDANKEN UND ANREGUNGEN:

Es wurde eingehend zur Frage Zahlenkataster oder graphisches Kataster Stellung genommen. Hierbei wurde erwähnt, daß im Gegensatz zu manchen anderen Ländern die Besitz- und Eigentumsverhältnisse in Norddeutschland ein graphisches Kataster nicht ratsam erscheinen lassen. Übereinstimmend wurde jedoch eine Überbewertung des Zahlenmaterials abgelehnt. Grundsatz: Großzügige Grenzherstellung, gute Aufmessung ohne ein "zuviel" an Kontrollen. Betont wurde die Wichtigkeit eines Abmarkungsgesetzes, wie es in dem in Arbeit befindlichen Niedersächsischen Vermessungsgesetz enthalten sein wird.

Zu den Punkten 3. und 4. des Vortrages konnte auf die Erfolge des vereinfachten Verfahrens der Neumessung hingewiesen werden, wodurch bereits viele Rahmenkarten entstanden sind. Auch die Anfertigung der Rahmenkarten auf Grund einer Polygonierung und allmählichen Ausfüllung des Inhalts fand allgemeine Zustimmung. Der Druck der Karten ist noch zu teuer und durch die Zentralisation zu umständlich. Erst wenn ein Druckverfahren, so einfach und billig wie das Lichtpausverfahren, geschaffen ist, kann dem Vorschlag eines umgedruckten großmaßstäbigen Kartenwerks zugestimmt werden.

Die Rationalisierung der Fortführungsmessungen muß bei der Grenzherstellung einsetzen. Weit und locker gehaltene Fehlergrenzen sind die Voraussetzung und Hauptforderung. Außerdem wurde die bessere Ausgestaltung der Ämter mit modernen Meßinstrumenten gefordert.

Über den Einsatz der Luftbildmessungen für die großmaßstäbigen Karten konnten noch keine Erfahrungen mitgeteilt werden, da hier noch alles in der Entwicklung begriffen ist. Baudirektor P e t e r s schilderte den Einsatz der Luftbildmessung in Hamburg.

Regierungsdirektor Dr. N i t t i n g e r betonte abschließend, daß der Vortrag gezeigt habe, daß auch in der einfachen und niederen Geodäsie wissenschaftliche Probleme vorhanden sind, die erörtert werden müssen. Er wies auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Praxis hin.

Landesvermessung und Katastervermessung, eine Arbeitseinheit

Kurzfassung des Vortrages von Oberregierungs- und -vermessungsrat (Min. Rat a. D.)
Dr. Gronwald, Nds. Ministerium des Innern

GLIEDERUNG:

- A. Entwicklung der Arbeitseinheit in Deutschland bis 1944
- B. Gemeinsames Wirken der Landes- und Katastervermessung
 - 1. Triangulation (einschl. Nivellement)
 - 2. Topographie (Katasterplankarte, Grundkarte, Photogrammetrie)
 - 3. Kartographie
- C. Schluß

A. ENTWICKLUNG DER ARBEITSEINHEIT IN DEUTSCHLAND BIS 1944.

Während in Süddeutschland für die Länder Bayern, Württemberg, Baden und Hessen die geodätischen Grundlagen des Urkatasters seit etwa Anfang oder Mitte des 19. Jahrhunderts dieselben sind, wie für die topographischen Karten, hat sich in dieser Zeit in Preußen der Vorschlag des Generals Dr. Baeyer für einen Zusammenschluß der Landes- und Katastervermessung nicht durchsetzen können. Ansätze für eine solche Einheitlichkeit bestanden wohl schon in Braunschweig im 18. Jahrhundert, sie gingen aber im 19. Jahrhundert wieder verloren. Auch im Königreich Hannover bildet zunächst die Gauß'sche Triangulation nur die Grundlage der Landesvermessung (von Papensche Karte, 1844), sie wurde erst später 1868 - 1881 der Grundsteuervermessung zu Grunde gelegt. Nur in Oldenburg bestand seit der von Schrenckschen, an die Gauß'sche Gradmessung anknüpfende Triangulation (1835-1837) eine Arbeitseinheit zwischen Landesvermessung und

Katastervermessung.

Die Bestrebungen, Landesvermessung und Katastervermessung zusammenzuführen, setzten allgemein in Deutschland erst später ein zugleich mit den Bemühungen, eine Einheitlichkeit der Vermessungsgrundlagen für ganz Deutschland zu schaffen und zwar mit der Einführung der Gauß-Krüger-Koordinaten auf Vorschlag des Beirats für das Vermessungswesen (1923).

Die Hauptfortschritte auf dem Wege zur Einheit zwischen Landes- und Katastervermessung fallen in die Ära Pfitzer. Dieser Weg wird wie in der Mehrzahl der westdeutschen Länder von Niedersachsen nach 1945 weiterverfolgt.

B. GEMEINSAMES WIRKEN DER LANDES- UND KATASTERVERMESSUNG.

Das gemeinsame Wirken der Landes- und Katastervermessung besteht hinsichtlich der Triangulierung und des Nivellements, der Topographie (Katasterplankarte, Photogrammetrie) sowie der Kartographie.

1. Triangulation (einschl. Nivellement).

Auf trigonometrischem Gebiet ist die Mitarbeit der Katasterämter durch den FP-Erlass von 1940 mit dem FP-Änderungserlass von 1944 geregelt. Hierzu sind eine Reihe niedersächsischer Erlasse in den Jahren 1950-1952 ergangen, die sich auf Nachtragsarbeiten, die Überwachung, Sicherung und Einmessung der TP und NivP. beziehen, die Mitwirkung der Katasterämter bei der Wiederherstellung im Landesdreiecksnetz regeln, und durch ein Merkblatt für die Sicherung und Herablegung von trigonometrischen Punkten sowie ein weiteres für die Wiederherstellung und Verdichtung des trigonometrischen Festpunktfeldes Sorge tragen.

Neben der Netzverdichtung durch rein trigonometrische Messungen und gebrochene Strahlen tritt immer mehr die Bestimmung trigonometrischer Punkte durch polygonometrische Messungen in den Vordergrund, nachdem die entsprechende Ausrüstung der Ämter und der Regierungen mit den nötigen Instrumenten und Geräten fortgeschritten ist. Da ferner durch die 1953 herausgegebenen Richtlinien zur Schaffung des Polygonpunktfeldes in Niedersachsen (RiPoNi) die Polygonierungstätigkeit erheblich aufleben dürfte, und das zunächst wenigstens für die wichtigsten Gebiete im Rahmen des Landesdreiecksnetzes zu schaffende Polygonpunktfeld ja nur an genügend genaue und überprüfte TP anschließen kann, erwächst der Trigonometrischen Abteilung des Niedersächsischen Landesvermessungsamts in Zusammenarbeit mit den

Katasterämtern die Aufgabe, für diese gesicherten Anschlußpunkte Sorge zu tragen. Da von den 3 Feldtrupps der Trigonometrischen Abteilung des Niedersächsischen Landesvermessungsamts in diesem Jahre zu der rationellsten Art der trigonometrischen Ergänzungsarbeiten, nämlich der planmäßigen also flächenmäßigen Einordnung und Bereinigung des trigonometrischen Punktfeldes 2 Trupps eingesetzt sind und nur 1 Trupp für den sporadischen Einsatz zur Verfügung steht, so muß mehr als bisher darauf gesehen werden, daß dort, wo die Ämter sich helfen können, dies auch geschieht. Auf diesem Gebiet besteht also eine besonders enge Verzahnung zwischen Landesvermessung und Katastervermessung. In vielen Einzelfällen, wo es sich beispielsweise um eine Verdichtung im Landesdreiecksnetz handelt und das Errichten einfacher verdrahteter Holzstangen als Signale ausreicht, ist diese Arbeit von den Katasterämtern erheblich billiger auszuführen als von den für diesen Zweck besonders herangeholten Trigonometertrupps, die ja nach den gegebenen Richtlinien nur für schwierigere Fälle da sind.

Wenn die endgültige Sicherung der Punkte und die Aufstellung der Festpunktbeschreibungen abgeschlossen sein wird, so läßt sich die Überwachung der TP künftig auf einen Zeitraum von 10 Jahren erweitern, wie es z.B. der von Bayern 1952 herausgegebene TP-Erlaß auch schon vorsieht. -

Das Aufsuchen der TP, die in sehr abseits gelegenen Gebieten stehen, läßt sich nicht im Anschluß von Fortführungsmessungen erledigen, es muß vielmehr durch besondere Fahrten geschehen und kann vielleicht mit Vorbesichtigungen für Paßpunktbestimmungen zur Herstellung der Katasterplan-karten in diesen Gebieten verbunden werden.

Neben der technischen Überwachung durch die Katasterämter besteht die allgemeine Überwachung, die nach dem FP-Erlaß vom 15.8.1940 Ziff. 8 vorgesehen und durch Erlaß des Niedersächsischen Ministers des Innern vom 20.7.1949 im einzelnen geregelt worden ist. Da die Ortsbehörden (Kreisverwaltung, Gemeindeverwaltung bzw. Polizeiorgane) hierfür nicht über fachmännisches Personal verfügen, erfordert die Überwachung durch die Verwaltungsbehörden viel Schriftwechsel und bringt keine Entlastung für die Katasterämter, denen die technische Überwachung obliegt. Es kann wohl angenommen werden, daß die Katasterämter seit 1949 in den Amtsbezirken derart an Ansehen gewonnen haben, daß die Überwachung durch die Katasterämter genügt und auf die allgemeine Überwachung verzichtet werden kann. Vielleicht läßt sich durch jährliche Bekanntmachungen durch die Gemeinden auf die Bedeutung der TP immer wieder hinweisen.

Für die Verdichtung des Landesdreiecksnetzes hat sich die Benutzung des Th 030 mit Zwangszentrierung und der

2 m-Basislatte immer mehr als vorteilhaft erwiesen. Wir hoffen, daß diese Ausrüstungen mehr als bisher zur Verfügung gestellt werden können.

Es darf ferner auf die Überprüfung von Meßgeräten durch die Trigonometrische Abteilung hingewiesen werden, der ja eine Basis zum Eichen und geeichte Geräte zur Verfügung stehen. Eine solche Überprüfung muß im Hinblick auf einen einheitlichen Maßstab aller Messungen in Niedersachsen als notwendig bezeichnet werden.

Nachdem die Sammlung und Sichtung der Nivellements anderer Stellen durch die Ämter wohl abgeschlossen ist, besteht die Mitarbeit der Katasterämter hinsichtlich der Nivellements in der Hauptsache in der Überwachung, d.h. im Aufsuchen der Niv-P, die sich auch auf einen Zeitraum von 10 Jahren erweitern läßt, und in der Fertigstellung der Niv-P-Beschreibungen, soweit das noch nicht geschehen ist.

Eine Reihe von Gravimeterpunkten ist durch die Katasterämter eingemessen worden. Die rein technische Ausführung von einfacheren Nivellements durch die Ämter dürfte keine Schwierigkeiten mehr bereiten, da genügend Nivellierinstrumente, besonders Zeiss Ni 2 beschafft worden sind.

2. Topographie (Katasterplankarte, Grundkarte, Photogrammetrie).

Die Jahresleistungen bei der Herstellung der Katasterplankarte gegenüber 1950 und 1951 sind im Jahre 1952 auf die Hälfte, im Jahre 1953 sogar auf etwa ein Drittel herabgesunken. Am 1.10.1953 lagen von den 12 220 niedersächsischen Blättern 5 278 Blätter, d.h. 43,2 % vor. Man muß die Herstellung der Katasterplankarte in absehbarer und angemessener Zeit unbedingt zum Abschluß bringen. Durch das Ritzverfahren ist eine gewisse Beschleunigung zu erwarten. Auf das Sonderheft 1/1954 der Nachrichten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung sei verwiesen. Auch unter Berücksichtigung der die Herstellung verzögernden Faktoren, wie Paßpunktbestimmung mit der für die Grundstücksvermessung nötigen Genauigkeit, kann die Restarbeit in 7 Jahren erledigt werden. Bei der Paßpunktbestimmung ist durch großräumige Messungen eine Rationalisierung zu empfehlen. Auch dürfte die Paßpunktbestimmung in der für die Grundstücksvermessung nötigen Ausführung nicht allein auf Kosten und mit den Kräften des für die Katasterplankarte zur Verfügung gestellten Kontingents geschehen. Es ist ferner erwünscht, etwas über etwaige Erfahrungen mit dem von Professor P i n k w a r t in der Zeitschrift für Vermessungswesen 1951 Heft 6 gemachten Vorschlag der graphischen Paßpunktbestimmung zu hören.

Um die erstmalige Herstellung der Katasterplankarte nicht durch die immer mehr anwachsende Laufendhaltung der Katasterplankarte zu verzögern, muß man sich wohl zunächst auf die jährliche oder turnusmäßige Berichtigung der Originale in d e n j e n i g e n Gebieten, wie Städten und Siedlungsräumen beschränken, in denen wichtige Änderungen in großer Zahl eingetreten sind und berichtigte Katasterplankarten für vordringliche Zwecke angefordert werden. Im übrigen müßte die bei jeder Fortführungsmessung vorgeschriebene Eintragung der Änderungen in die Meldekarte genügen. - Die Originale sind selbstverständlich durch die für die Zeichnung der Katasterplankarte eingesetzten Kräfte zu berichtigen.

Nun zum Druck und zur Laufendhaltung der Grundkarte.

In Nordrhein-Westfalen werden die Grundkarten (Grundriß), die unseren KaPlaKa (SiKa) entsprechen, bei ihrer ersten Herstellung in Auflagen von 60 - 120 Stück je nach Auftrag gedruckt und zum größten Teil abgesetzt. In Niedersachsen ist ein Drucken der Katasterplankarte nicht rentabel, und sogar der Druck der Grundkarte erscheint nach den vorliegenden Erhebungen auf die Dauer nicht vertretbar. Es muß daher erwogen werden, von den fertiggestellten Grundkarten nur dann Drucke herzustellen, wenn mit einem hinreichenden Absatz zu rechnen ist und entsprechende Bestellungen vorliegen. Sonst aber müssen dem Katasteramt geeignete Transparente vom Grundriß und von der Höhenplatte gegeben werden, mit Hilfe derer sowohl vom Grundriß einzeln Lichtpausen als auch von Grundriß und Höhenplatte zusammen kombinierte Lichtpausen jederzeit hergestellt werden können. Vielleicht können hier auch bald farbige Lichtpausen Verwendung finden. Das führt weiter zu der Forderung, daß künftig die Originale der Grundkarte bei dem Katasteramt laufend gehalten werden. Hinsichtlich der Laufendhaltung der Grundkarte muß man sich ebenfalls auf die vordringlichen Gebiete beschränken. Das Katasteramt kann sich dann nach der Berichtigung die für das Lichtpausen nötigen Transparente, z.B. VST-Pausen, jederzeit selbst neu herstellen.

Bei den p h o t o g r a m m e t r i s c h e n Arbeiten ist auf die Paßpunktbestimmung hinzuweisen. Muß eine solche in Zusammenarbeit mehrerer interessierter Katasterämter erfolgen, so ist die Leitung der Arbeiten eindeutig in die Hände eines geeigneten und verantwortlichen Fachmannes zu legen. Ich zweifle nicht daran, daß nach anfänglichen Schwierigkeiten sich auch hier eine gute Zusammenarbeit erreichen lassen wird, und bitte im gegebenen Falle Ihr besonderes Augenmerk hierauf zu richten. Abzüge von Luftbildaufnahmen können den Katasterämtern für ihre Arbeiten zur Verfügung gestellt werden.

Noch 3 Einzelpunkte sind zu streifen:

- a. Wie ist zu verfahren, wenn die als Meldekarte benutzte Grundkarte nach 5 Jahren noch nicht neu gedruckt ist? Ist nun ein neues Blatt für die weiteren Eintragungen zu nehmen oder sind auf der alten Meldekarte die weiteren Eintragungen mit neuen Farben zu machen?
- b. Wie lassen sich die Verkleinerungsarbeiten bei den Reproduktionsstellen beschleunigen?
- c. Wie lassen sich die bei der Bodenschätzung festgestellten Kulturarten für die topographischen Berichtigungen 1:25 000 rationell verwerten?

3. Kartographie.

Auf kartographischem Gebiet darf auf die Vorarbeiten und die Mitarbeit bei der Herstellung von Stadtkarten und anderen Sonderkarten hingewiesen werden, so auf die Karten der ostfriesischen Inseln, die Stadtkarte von Lüneburg, Gandersheim, Wolfenbüttel und besonders die Stadtkarte von Göttingen 1:10 000.

Hinsichtlich des Kartenvertriebs ist außer dem schon erwähnten Absatz der Grundkarten wohl nichts besonderes zu sagen.

C. SCHLUSS:

Damit haben wir alle die Gebiete gestreift, auf denen ein gemeinsames Wirken der Landes- und Katastervermessung vorliegt und möglich und notwendig ist.

Im Heft 2 der Nachrichten der NVuKV. 1951 hat Herr Regierungsdirektor Dr. N i t t i n g e r hinsichtlich der Aufteilung der gesamten Arbeiten auf dem Gebiet der Landes- und Katastervermessung folgenden Grundsatz aufgestellt: "Man gebe dem Katasteramt als Ortsinstanz die Arbeiten, die von ihm ausgeführt werden können. Die Landesvermessung beschränke sich auf übergebietliche und auf solche Arbeiten, die von Spezialkräften unter Benutzung von besonderen Instrumenten und Geräten ausgeführt werden müssen. Eine Dezentralisierung der Arbeit muß so weit wie möglich durchgeführt werden."

Ich möchte mit dem Hinweis schließen, daß der Erfolg und die allgemeine Anerkennung der Vermessungs- und Katasterverwaltung nur möglich ist, wenn das im § 2 Punkt 1 der Geschäftsanweisung für die Katasterämter in Niedersachsen vom 18.12.1948 Gesagte befolgt wird: "Der Schwerpunkt der Vermessungs- und Katasterverwaltung liegt bei dem Katasteramt. Der Leiter des Katasteramts hat sich über die Bedürfnisse von Wirtschaft und Verwaltung laufend zu unterrichten, sich und sein Amt in alle vermessungstech-

nischen Vorhaben seines Bezirks einzuschalten und alle Vermessungen nach Umfang und Anlage nicht auf den jeweiligen Sonderzweck, sondern in erster Linie auf die Ergänzung und Verbesserung der amtlichen Kartenwerke, namentlich auf die Herstellung der Deutschen Grundkarte auszurichten."

Eine wahrlich große Aufgabe, der aber die Ausbildung seit Jahrzehnten Rechnung trägt.

AUS DER DISKUSSION ERGABEN SICH FOLGENDE
GRUNDSÄTZLICHE GEDANKEN UND ANREGUNGEN:

Zu 1. Triangulation (Polygonierung) und Nivellement.

a. Ist es wirtschaftlicher, einfache Verdichtungen im trigonometrischen Netz durch das Katasteramt oder die Trigonometrische Abteilung des Niedersächsischen Landesvermessungsamtes auszuführen?

Es überwiegt die Ansicht, daß wohl dort, wo Verdichtungen durch Polygonzüge von wenigen km Länge möglich sind, diese am besten von dem Katasteramt ausgeführt werden. Bei Netzverdichtung durch Polygonzüge von größerer Länge (6-8 km) und trigonometrischen Messungen erscheint es zweckmäßig, diese durch die Trigonometrische Abteilung oder Neumessungsabteilung ausführen zu lassen. Für eine Netzverdichtung durch die Trigonometrische Abteilung mittels Polygonzugmessung wird ein planmäßiges, flächenmäßiges Vorgehen für nötig gehalten, während durch das Katasteramt nur kleinere Züge gelegt werden. Auch Aufnahmeplätze können und müssen zweckmäßig vielfach trigonometrisch bestimmt werden. Es empfiehlt sich, auf große Sicht zu arbeiten, was im Prinzip der Polygonverdichtung dient. Seit Jahren wird jeder Brechpunkt bei der polygonometrischen Bestimmung von TP vermarktet.

b. Die a l l g e m e i n e Überwachung der TP durch die Polizei erscheint wenig zuverlässig und bereitet der Trigonometrischen Abteilung viel Arbeit. Bei insgesamt etwa 13 000 TP entfallen im Durchschnitt auf das Katasteramt 200 TP. Wenn das Amt eine Nachprüfung selbst erledigt, so bedeutet das bei einem Turnus von 10 Jahren 20 TP im Jahr, wofür 10 motorisierte oder 20 mit dem Fahrrad zu leistende Arbeitstage im Jahr erforderlich sind. Die Überwachung wird als unreigenste Aufgabe des Katasteramtes angesehen. Sie ist evtl. zunächst im Turnus von 2 Jahren durchzuführen.

Bei der allgemeinen Überwachung müßten auch die Eigentümer aufgesucht werden.

Es erscheint unwahrscheinlich, daß die Sicherung der TP in der nächsten Fünfjahresperiode abgeschlossen wird.

Solange aber die Sicherung noch nicht beendet ist, bedeutet die Überwachung eine große Belastung der Ämter. Später wird ein 10-jähriger Turnus ausreichen.

c. Ist das Messen mit 2 m - B a s i s l a t t e oder mit Z e i ß - B o ß h a r d t vorzuziehen? P r ü f u n g d e r M e ß g e r ä t e .

Die Messung mit dem Zeiß-Boßhardt wird allgemein für günstiger gehalten, da häusliche Berechnungen wie bei der Messung mit 2 m - Basislatte nicht nötig sind.

Um die Meßgeräte regelmäßig überprüfen zu können, muß jedes Amt eine Prüfstation von etwa 20 m Länge besitzen.

d. Die E i g e n t u m s verhältnisse an den M a r k s t e i n s c h u t z f l ä c h e n sind noch nicht geklärt. Es wird auf § 4 des Grundgesetzes verwiesen. Ein neues Gesetz ist in Vorbereitung, so daß die Klärung in etwa 1 Jahr erwartet wird.

e. Bei den N i v e l l e m e n t s erscheint in vielen festpunktarmen Amtsbezirken eine Verdichtung nötig.

Zu 2. Topographie (Katasterplankarte, Grundkarte, Photogrammetrie).

a. Die Gründe für das Absinken bei der Herstellung der Katasterplankarte werden eingehend erörtert. Einmal sind die Anforderungen hinsichtlich Genauigkeit und Güte heute größer als früher. Die Gebiete, in denen Katasterkarten mit Netz vorliegen, sind vielfach bearbeitet. Zur Paßpunktbestimmung in den weiteren Gebieten wollte man jetzt eingehendere Polygonierungen durchführen; die Gebäudeeinmessung soll auch der Vervollständigung der Katasterkarte dienen. Der Feldvergleich dauert länger; dann ist das für die Herstellung der Katasterplankarte bestimmte Personal auch für andere Arbeiten beansprucht worden. In einigen Bezirken ist schwerpunktmäßig vorgegangen worden.

Es bleibt die Forderung bestehen, die von Regierungsdirektor Dr. N i t t i n g e r besonders unterstrichen wird: Zunächst muß einmal möglichst schnell das Kartenwerk 1:5 000 bearbeitet werden. Haben wir wenigstens die KaPlaKa fertig, so können wir auf 1:2 000 umschalten, um dann mit dem Rahmenkartenwerk die Karte 1:5 000 weiter zu entwickeln.

Es wird angeregt, zu entscheiden, welche Arbeiten, wie Kartenerneuerung, Herstellung der KaPlaKa, TP-Überwachung, Gebäudeeinmessung, als Schwerpunktsarbeiten bevorzugt zu erledigen sind.

Es wird weiter betont, daß die Fertigstellung der KaPlaKa im Schnellverfahren in kürzerer Zeit durchaus zu erlangen ist. Auch primitive Verfahren müssen angewandt

werden, um zum Ziel zu kommen.

Da in gewissen Gebieten auch größer maßstäbliche Karten als 1:5 000 benötigt werden, muß als Richtschnur gelten, daß in jedem Bezirk so zu arbeiten ist, wie es am rationellsten erscheint.

b. Zur graphischen Paßpunktbestimmung nach Professor P i n k w a r t wird ausgeführt, daß dieses Verfahren zu guten Ergebnissen führt, doch müßten dabei die alten Verkoppelungskarten benutzt werden. Allerdings sei Vorsicht am Platze, da z.T. die TP auf den Flurkarten nicht genau eingetragen seien. Vielfach lasse sich aber die Paßpunktbestimmung einschränken.

c. Die L a u f e n d h a l t u n g d e r K a t a s t e r p l a n k a r t e muß dort bevorzugt geschehen, wo die Karten am dringendsten gebraucht werden. Die Laufendhaltung der weniger wichtigen Karten sei später im großen nachzuholen.

d. Bei der Frage, lohnt sich der D r u c k d e r G r u n d k a r t e, wurde die Herabsetzung des Preises der Grundkarte vorgeschlagen, die auch eine Verbilligung der KaPlaKa nötig machen würde. Das Ziel müsse wohl eine g e d r u c k t e Karte sein.

Es erscheint zweckmäßig, mit der Zeit eine Dekonzentration des Druckes auf die nachgeordneten Stellen zu erreichen. Vielleicht läßt sich das Gerbdruckverfahren von W i e n e k e so ausbauen.

Ein Druck an zentraler Stelle lasse sich bei dem geringen Absatz kaum mehr vertreten.

d. Sollen künftig die G r u n d r i ß f o l i e n d e r G r u n d k a r t e von den Katasterämtern fortgeführt werden? Einerseits wird eine Mehrbelastung der Katasterämter befürchtet, andererseits aber betont, daß die Ämter keine Meldekarten weiterzuführen brauchten. Wenn für große Gebiete Karten verlangt werden, so können von den Katasterämtern einheitliche Lichtpausen abgegeben werden, die in der Repro des Katasteramts gefertigt werden. Ferner können die Grundrisse der Grundkarten zusammen kopiert werden, so daß einheitliche Übersichtspläne erhalten werden; auch könnte die Grünfolie mit der Grundrißfolie zusammen kopiert werden.

e. Beim t o p o g r a p h i s c h e n M e l d e - d i e n s t erscheint eine Modernisierung und Rationalisierung angebracht. Es wird vorgeschlagen, nach Fortführung der Katasterkarte, das Transparent von 1:5 000 fortzuführen; dann könne auf die Meldekarte verzichtet werden.

Es wird auf die Dauer nicht möglich sein, die Grundkarte beim Niedersächsischen Landesvermessungsamt fortzu-

führen. Es wird daher anzustreben sein, diese Arbeiten nach und nach auf die Katasterämter zu übertragen. Es wird vorgeschlagen, die Top.Meldekarte nicht jährlich vorzulegen, sondern nur auf Anfordern. Da man aber beim Niedersächsischen Landesvermessungsamt wissen muß, welche Meßtischblätter schlecht sind, kann nicht ohne weiteres auf die turnusmäßige Vorlage der Meldekarten verzichtet werden.

Wenn für eine Meldekarte nach 5 Jahren noch kein neuer Druck vorliegt, so ist eine neue anzufordern.

f. Die E r g e b n i s s e der Feldvergleichung f ü r d i e B o d e n s c h ä t z u n g werden wie alle greifbaren Unterlagen von der Topographischen Abteilung zur Berichtigung der Meßtischblätter benutzt. Soweit die KaPlaKa vorliegen, sind die örtlichen Arbeiten für die Berichtigung der Karte 1:25 000 von etwa 5 Wochen jetzt auf 10 - 12 Tage verringert worden.

g. Die bei der Herstellung von Verkleinerungen eingetretenen Verzögerungen werden untersucht und abgestellt werden.

3. Kartographie.

Bei Kartographie, Kartenvertrieb und Sonderkarten war nichts zu bemerken.

Professor Dr. G r o ß m a n n führte allgemein aus:

Auf Grund dieser Tagung habe ich den Eindruck gewonnen, daß gegen früher eine starke Wandlung eingetreten ist. P f i t z e r hat ein Programm aufgestellt. Sein wichtigster Programmpunkt war die Zusammenführung der Landes- und Katastervermessung. Ich habe die Überzeugung gewonnen, daß diese Zusammenführung hier in Niedersachsen kein Problem mehr ist und vorbildlich in die Wege geleitet ist. Im Gegensatz dazu laufen die Dinge in Nordrhein-Westfalen anders.

Der Leiter der Ortsinstanz muß ein totaler Vermessungsingenieur sein. Er muß sich über vieles genügend unterrichten, damit er die einzelnen Phasen genügend überschauen kann. Unser Beruf darf nicht so schmal sein, sondern muß sich in die Breite ausdehnen. Hierbei spielt auch ein psychologisches Moment eine Rolle. Gerade wenn die Amtsleiter täglich vor neuen Aufgaben stehen, werden sie beweglich und können sich unserer schnelllebigen Zeit besser anpassen.

Der Diskussionsleiter schloß die Aussprache mit dem Bemerkten, daß alle Teilnehmer wohl den Eindruck erhalten haben, daß die Zusammenarbeit zwischen Landesvermessung und Flurvermessung in Niedersachsen zweifellos recht eng sei.

Die Tätigkeit des Katasteramtsleiters bei der Ordnung des Grund und Bodens

Kurzfassung des Vortrages von Regierungsvermessungsrat N i e m a n n,
Katasteramt Westerstede

GLIEDERUNG:

- A. Der Beginn der Mitarbeit beim Ordnen des Grund und Bodens
- B. Die Mitarbeit beim Durchführungplan
- C. Die vermessungstechnischen Forderungen an einem Fluchtlinienplan
- D. Die Einflußnahme auf das Ordnen des Grund und Bodens bei dem Baugrundstück selbst
- E. Die Notwendigkeit der Kenntnis der Preisvorschriften bei dem Ordnen des Grund und Bodens
- F. Die Notwendigkeit der Mitarbeit beim Ordnen des Grund und Bodens

A. DER BEGINN DER MITARBEIT BEIM ORDNER DES GRUND UND BODENS.

Die Veränderung der Begrenzung des Eigentums für Erfordernisse des Verkehrs und Städtebaues, der Landwirtschaft, Industrie und Erholung bezeichnet man als Ordnen des Grund und Bodens. Bei diesem Ordnen ist die Mitarbeit des Vermessungsingenieurs notwendig.

Die Tätigkeit des Ordners führt in das Gebiet der Planung. Nicht die Tätigkeit in der Großraumplanung, sondern die Mitarbeit beim Ordnen im Gemeindefraum ist Sache des Katasteramtsleiters. Dieses Ordnen wird sichtbar durch Entstehung des Gemeindefraumordnungs- oder Flächennutzungsplanes. Die Mitarbeit des Katasteramtsleiters muß beginnen

beim Entstehen der Absicht der Gemeinde aufzubauen und beim Willen, Aufbauggebiet zu werden. Dadurch wird eine Lenkung und Belebung in der Katasterplankartenherstellung möglich und notwendig. - Die Mitarbeit der Katasterämter durch Lieferung der Planungsunterlagen (Karten) wird von allen Bedarfsstellen als erforderlich erachtet. Die Betätigung der Katasteramtsleiter in Arbeitsgemeinschaften ist für die Ortsplanung fördernd bei der Entstehung von Zustands- und Entwicklungsplänen, sie ist unbedingt notwendig beim Baunutzungsplan. Dieser gliedert die zur Bebauung freigegebenen Flächen nach Art ihrer baulichen Nutzung in Wohngebiete, Kleinsiedlungsgebiete, Geschäftsgebiete, Gewerbe- und Industriegebiete. Mit dieser Gliederung wird das Problem der Wertsteigerung des Grund und Bodens durch beabsichtigte Baumaßnahmen berührt. Theoretisch kann eine Wertveränderung nur geschehen durch Aufstellung eines Durchführungsplanes, weil nur durch ihn eine Rechtsnorm im Ortsbaurecht entsteht. Die Praxis zeigt, daß bereits der veränderliche Flächennutzungsplan Wertverschiebungen bewirkt.

B. DIE MITARBEIT BEIM DURCHFÜHRUNGSPLAN.

Der Flächennutzungsplan und seine Erläuterungen enthalten Angaben über Zeitfolge und -raum der Durchführung der Planung in den Durchführungsgebieten.

Die vorbereitenden Maßnahmen des Katasteramtsleiters zur Durchführung bestehen in der Planung und Schaffung eines Polygonnetzes im Durchführungsgebiet, der Anfertigung von Messungsrissen mit dem Endziel der Kartenerneuerung. Die Forderung der Ortsplanung liegt in der vermessungstechnisch einwandfreien Planunterlage. Die Erfüllung dieser Forderung liegt einzig und allein in den Händen der Vermessungsdienststellen einschließlich der Öffentlich bestellten Vermessungsingenieure. Der Durchführungsplan entsteht aus der vermessungstechnisch einwandfreien Planunterlage. Die Mitarbeit des Katasteramtsleiters bei der Aufstellung des Durchführungsplanes ist notwendig, weil neben den architektonischen Grundsätzen eigentumsrechtliche Veränderungen den Städtebau oft maßgebend beeinflussen können. Die Möglichkeiten und das Ausmaß der Grenzveränderungen, Um- oder Zusammenlegungen und die Vermeidung von rechtlichen Schwierigkeiten zu beurteilen, ist Sache des Katasteramtsleiters. Ein wichtiger Punkt ist außerdem die Wirtschaftlichkeit in der Durchführung und den Folgemaßnahmen, die zu begutachten u. a. den Katasteramtsleiter angeht.

Die Wertveränderungen des Bodens durch geplante Baumaßnahmen dürfen nicht übergangen werden. Sie zu beurteilen und zu errechnen, verbleibt meistens dem Katasteramtsleiter. Es muß stets beachtet werden, daß der Preis des Grundstücks als Ausdruck des Wertes die kapitalisierte Grundrente ist.

Weil aber die Grundrente (Nutzungswert) sich aus der Bodenrente und der Baurente zusammensetzt, so wird bei einer Steigerung der Baurente die Grundrente höher und dadurch der Wert des Bodens verbessert, so daß sich diese Wertsteigerung letztlich im Preisanstieg zeigt. Wenn also die geplante bauliche Ausnutzbarkeit größer ist als die optimale Ausnutzbarkeit nach dem bisherigen Ortsbaurecht, dann ist eine Wertsteigerung eingetreten. Die Berechnung und Inrechnungstellung dieser Wertveränderungen ist das wesentliche Moment beim Durchführungsplan mit und wird fast ausschließlich vom Vermessungsfachmann bearbeitet. Das großzügige Übersehen von Wertsteigerungen führt nicht zu einem guten Ende, weil die Wertminderungen durch Planungsschäden von den benachteiligten Eigentümern in die Waagschale geworfen werden und das Gegengewicht dann fehlt.

Eine weitere Notwendigkeit für den Katasteramtsleiter oder den Öffentlich bestellten Vermessungsingenieur, an der Aufstellung des Durchführungsplanes mitzuwirken, ergibt sich allein aus der Tatsache, daß der Durchführungsplan selbst vermessungstechnisch auch einwandfrei sein muß. Die Absicht, diese Mußbestimmung in eine Kannbestimmung umzuwandeln, wird aus rechtlichen Gründen nicht durchführbar sein.

C. DIE VERMESSUNGSTECHNISCHEN FORDERUNGEN AN EINEN FLUCHTLINIENPLAN.

Nicht überall hat das Aufbaugesetz Anklang gefunden. Es gibt auch viele Städte und Orte, die die durch das Aufbaugesetz gegebenen Möglichkeiten ablehnen. Es wird oft angenommen, daß das Fluchtliniengesetz schneller zum Ziel führt und daß man nicht die vermessungstechnisch einwandfreien Pläne fordert. Diese Annahme fand ihren Niederschlag in der Veröffentlichung von Dipl.Ing.Arch.Dr. Rechenberg: "Fluchtlinien in kleinen Gemeinden" in 1/53 der Zeitschrift "Bauamt und Gemeindebau" und "Die niedersächsische Landgemeinde" 3/53. Auch die Betätigung des Katasteramtsleiters in der Widerlegung derartiger Ansichten in Zeitschriften ist eine notwendige Mitarbeit beim Ordnen des Grund und Bodens. (RuVR. Korte 12/53 und RVR. Niemann 4/54 in "Bauamt und Gemeindebau").

D. DIE EINFLUSSNAHME AUF DAS ORDNER DES GRUND UND BODENS BEI DEM BAUGRUNDSTÜCK SELBST.

Es ist notwendig, daß der Katasteramtsleiter sich um die Form und Lage des Einzelgrundstücks kümmert. Es ist nicht mit der Möglichkeit der Bebauung eines Grundstücks getan, sondern die weitere Entwicklung des Geländes und

die Belange der evtl. angrenzenden landwirtschaftlichen Flächen müssen Berücksichtigung finden. Es wird vielfach als Abhängigkeit vom Landkreis empfunden, wenn die sog. Teilungsgenehmigung im Grundstücksverkehr vorgelegt werden muß. In Wirklichkeit handelt es sich ja gar nicht um eine Teilungsgenehmigung, sondern um eine Genehmigung, ob überhaupt und wie das Trennstück bebaut werden darf. Die Beurteilung der Aufteilung selbst bleibt Sache des Katasteramtsleiters. - Die Zusammenarbeit beim Genehmigungsverfahren im Grundstücksverkehr bietet die Möglichkeit, bei der Aufsichtsbehörde der Gemeinden unvorteilhafte Aufteilungsanträge der Gemeinden in zweckdienliche Bauplatzgestaltungen umzuformen und die Verwirklichung durchzusetzen.

E. DIE NOTWENDIGKEIT DER KENNTNIS DER PREIS- VORSCHRIFTEN BEI DEM ORDENEN DES GRUND UND BODENS.

Alle Gesetze, die den Städtebau und die Ortsplanung betreffen, enthalten Bestimmungen zur Inanspruchnahme von Boden für den Gemeinbedarf und sehen außerdem in bestimmten Fällen eine Abfindung in Geld vor. Aus diesem Grunde ist es notwendig zu wissen, wie hoch eine Entschädigung sein muß und darf.

Bisher besteht für unbebaute Grundstücke noch die Preisüberwachung.

Der Bundestag hat während der Beratungen über das Baulandbeschaffungsgesetz einen interfraktionellen Antrag angenommen, daß bis zum Inkrafttreten des Baulandbeschaffungsgesetzes keine Änderung in der Preisüberwachung unbebauter Grundstücke eintreten sollte. Diese Tatsache beweist, daß die Bestimmungen des Baulandbeschaffungsgesetzes auch in dieser Beziehung grundlegend sein sollen. In Bezug auf den Baulandcharakter heißt es dort im § 10:

"... , jedoch bleiben Werterhöhungen des Grundstücks unberücksichtigt, die durch die Möglichkeit einer Änderung der Nutzung oder die Aussicht hierauf entstanden sind oder entstehen, es sei denn, daß der Eigentümer für diese Werterhöhung Kapital oder Arbeit aufgewendet hat."

Im Ausschußbericht ist gesagt, daß das Gesetz sich "eindeutig" auf den Standpunkt stellt, Widmungsänderungen und Erwartungswerte bei der Entschädigungsermittlung auszuschließen. Es wird dort weiter festgestellt, daß die Entstehung von Wertsteigerungen durch Widmungsänderung nicht verhindert werden kann, aber auch nicht bezahlt werden soll, wenn der Eigentümer nicht durch Leistungen oder Aufwendungen die Wertsteigerung erreicht hat.

Die einzige Preissteigerung gegenüber dem Stopp-Preis von 1936, die zulässig ist, ist diejenige, "die ihren Ursprung in den Veränderungen der Kaufkraft der Mark" hat.

F. DIE NOTWENDIGKEIT DER MITARBEIT BEIM ORDNEN DES GRUND UND BODENS.

Die Aufgaben der Katasterämter sind groß; die Personallage ist keineswegs zufriedenstellend. Es erscheint daher abwegig, sich zusätzlich noch um Arbeiten in den Randgebieten zu bemühen. Dieser Schein trügt. Die Mitarbeit der Katasteramtsleiter und der Vermessungsingenieure überhaupt ist notwendig zum Wohle der Allgemeinheit. Planungsarbeit ist und bleibt Gemeinschaftsarbeit, und ein wesentlicher Mitarbeiter in der Gemeinschaft ist der Vermessungsingenieur.

Es ist jedoch notwendig, daß die Katasteramtsleiter ihre Aufgaben klar erkennen und abgrenzen, ihren Standpunkt nach außen vertreten und nach innen stärken. Nicht zuletzt bringt die Betätigung im Planungswesen Vorteile für das Vermessungswesen mit sich.

AUS DER DISKUSSION ERGABEN SICH FOLGENDE GRUNDSÄTZLICHE GEDANKEN UND ANREGUNGEN:

Es entstanden zunächst Meinungsverschiedenheiten über die Betätigung in der Planung überhaupt. Ansichten, daß es sich um ein typisches Randgebiet handelt, das außerhalb unseres Arbeitsgebietes liegt, wurden widerlegt und dahingehend zusammengefaßt, daß eine Tätigkeit als Planer selbst zu weit geht, aber die Mitarbeit notwendig ist. Dieser Standpunkt wird nicht nur von seiten der Vermessungsingenieure vertreten, sondern auch von den Ortsplanern selbst.

Die Feststellung, daß es in vielen Fällen nur zu Teilbebauungsplänen und nicht zu Durchführungsplänen kommt, warf die Frage auf, ob man diese Teilbebauungspläne bei Messungsanträgen berücksichtigen sollte.

Die Teilbebauungspläne liegen den Durchführungsplänen zu Grunde. Wenn die Aufstellung eines Durchführungsplanes nicht unbedingt notwendig ist, kann ein Teilbebauungsplan vollauf seine Aufgabe erfüllen. Angeführte Beispiele zeigten, daß die Katasterämter selbst Durchführungspläne gefertigt haben. - Es wurde weiterhin festgestellt, daß nach einem neuen Richtlinienenerlaß zum Aufbaugesetz die Möglichkeit gegeben wird, nach § 13 das Grenzausgleichsverfahren als Einzelmaßnahme für den Durchführungsplan vorwegzunehmen.

Die Anfrage, ob das Katasteramt mit Hilfe des Flurbe-

reinigungsgesetzes für die Beseitigung von Splißparzellen eingesetzt werden könne, mußte verneint werden. Lediglich im Niedersächsischen Verwaltungsbezirk Oldenburg wird die Praxis so gehandhabt, daß die Vermessungen durch das Katasteramt und die Terminwahrnehmung durch die Kulturverwaltung geschehen.

Es wurde vorgeschlagen, in der Zeitschriftenauswahl nicht zu enge Grenzen zu wählen, sondern auch für mehrere Katasterämter gemeinsam Zeitschriften des Boden-, Bau- und Planungsrechts zu halten, um mit anderen Fachrichtungen in Meinungstausch zu kommen.

Jede Messung ein Baustein zur Erneuerung des Katasters

Kurzfassung des Vortrages von Regierungsvermessungsrat Elstner,
Katasteramt Osterode (Harz)

GLIEDERUNG:

A. Erneuerung durch Fortführungsmessungen und Grenzherstellungen.

I. Allgemein

II. Erneuerung über neuere Grundsteuerermessungen

1. Zu den neueren Grundsteuerermessungen allgemein

2. Genauigkeit der Grundsteuermessung

3. Wiederherstellung

Nicht Teile von Messungslinien, sondern deren ganze Länge.

a. Wiederherstellung von Polygonpunkten:

Nach der Stückvermessung.

Mit Hilfe von Winkeln und Strecken.

Bisher veröffentlichte Verfahren.

Verfahren des Einschwenkens.

b. Übersichtsblatt zur Planung der Wiederherstellung der PP.

c. Erneuerung durch Neubeobachtung und Anschluß an das Landesdreiecksnetz.

d. Katasterrahmenkarten.

e. Messungsrisse.

III. Erneuerung über Verkoppelungskarten (Markenteilungs-, Gemeinheitsteilungs- und Separationskarten).

1. Polygonierung bzw. deren Entwürfe.

2. Festlegung der Wegeachsen als Messungslinien.
3. Messungsrißanfertigung.
4. Erneuerung durch Beobachtung der vermarkten P.-Züge mit gleichzeitigem Anschluß an das Landesnetz.

IV. Erneuerung über alte Karten ohne Zahlen (Gutskarten, Forstkarten, ungetrennte Hofräume usw.).

1. Polygonnetzentwurf.
 - a. Übertragung in die Örtlichkeit in einem Zuge.
 - b. Allmähliche Übertragung bei Fortführungsmessungen.
2. Verwendung von Messungslinien aus früheren Fortführungsmessungen.

B. Sicherung der Erneuerung durch gute Vermarkung.

C. Finanzierung.

D. Personal.

E. Schluß.

A. ERNEUERUNG DURCH FORTFÜHRUNGSMESSUNGEN UND GRENZHERSTELLUNGEN.

I. Allgemein.

Zu Beginn der Tagung hat Herr Regierungsdirektor Dr. N i t t i n g e r zum Ausdruck gebracht, daß wir bestrebt sein müssen, jede Einzelvermessung so auszuführen, daß sie ein Baustein für das gesamte Vermessungswerk wird.

Dies wird meines Ermessens im ersten wesentlichsten Stadium erreicht, wenn wir in der Örtlichkeit ein gut vermarktes und leicht auffindbares Polygon- und Messungsliniennetz schaffen (in unserer Fachliteratur des öfteren sehr treffend als tragender Rahmen bezeichnet).

Wir führen allein in der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung an 40.000 Außentagen Messungen aller Art aus. Diese sollten stets ganz planvoll so durchgeführt werden, daß sie alle (wenn auch kleine) vollendete Teile

der erstrebten endgültigen Neumessung sind. Es muß auch für diese Messungen der Grundsatz der Geodäsie gelten: "Vom Großen ins Kleine". Die Zeit, in der "jede Messung ihr eigenes Koordinatensystem" hatte, muß endgültig der Vergangenheit angehören.

Die tägliche Aufgabe der Katasterämter in den breiten Landgebieten ist die Wiederherstellung alter Grenzen für Grenzherstellungen und Teilungen, die den wesentlichsten Teil der örtlichen Arbeit darstellen. Dieser große Zeitaufwand wird aber beim konsequenten Einhalten eines planvollen Weges sehr bald ganz wesentlich geringer. Der Arbeitsaufwand, der jetzt manchmal noch 2 - 3 örtliche Tage je Fortführungsmessung erfordert, wird am Ende des Weges (bei günstigen Verhältnissen in 5 Jahren, bei ungünstigsten Verhältnissen höchstens in 20 Jahren) nur noch 2 - 3 Stunden betragen.

Der Weg wird bei der Verschiedenartigkeit der Katasterunterlagen in den einzelnen Gebieten notwendigerweise verschieden sein müssen. Neben dem "Mittelweg" der "vereinfachten Neumessung" (den ich hier als bekannt voraussetzen darf: Beispiele in den Stadtgebieten Göttingen und Oldenburg), soll zunächst hier der Weg dargestellt werden, der im Katasteramtsbezirk Clausthal-Zellerfeld über die

II. neuere Grundsteuermessung

zur Erneuerung und zur Neumessung des tragenden Rahmens führt.

1. Zu den neueren Grundsteuermessungen allgemein:

Zu den neueren Grundsteuermessungen zählen die nach Anw. von 1868 in den damals sogenannten neuen Provinzen ausgeführten Neumessungen. Es haben durchschnittlich 52 % der Gesamtfläche dieser neueren Grundsteuermessung unterlegen. Ihr innerer Wert ist größer, als er heute vielfach - auch in Fachkreisen - unterstellt wird.

Für die neueren Grundsteuermessungen waren die Bestimmungen der "Anweisung von 1868 für das Verfahren bei den Vermessungsarbeiten" und der "Technischen Anleitung von 1870" maßgebend.

2. Genauigkeit der Grundsteuermessung.

Trig. und polyg. Netz.

Die neueren Grundsteuermessungen gründen sich auf trigonometrische und polygonometrische Netze.

Beide Netze weisen in der Ausführung und der Art der Bestimmung so viele Mängel auf, daß ihre Koordinaten den heutigen Ansprüchen nicht mehr voll genügen können.

Der Mangel des Polygonnetzes kann jedoch im Wege der allmählichen Erneuerung vollkommen behoben werden, wie das später dargelegt werden soll.

Nach der "Technischen Anleitung von 1870" galten für die Polygonierung und die Stückvermessung als Fehlergrenze $2/1000$ in ebenem und $3/1000$ der Länge in unebenem Gelände (also entsprechend dem Feldmesserreglement). Die Fehlergrenze für die Winkel betrug $1/2$ Altminute je Brechungswinkel.

3. Wiederherstellung.

Unzureichende Wiederherstellung: Nicht T e i l e von Messungslinien, sondern deren ganze Länge.

Bei der Wiederherstellung des Messungsliniennetzes der neueren Grundsteuermessungen hat man sich früher vielfach damit begnügt, d i e Messungslinien t e i l strecke, die für den jeweiligen Zweck benötigt wurde, durch Absetzen von wenigen Ordinaten und Abszissen verhältnismäßig unsicher hinzustellen. Bei der nächsten Messung mußte die dann benutzte Messungslinien t e i l strecke noch einmal neu wiederhergestellt werden. Jeder beschränkte sich auf das "unumgängliche Notwendige". Neben der immer wieder zu leistenden Doppelarbeit ist die Gesamtheit der somit nahezu zusammenhanglosen Messungen eine Verschlechterung des Katasters. Bei der Feststellung der Grenzen an gradlinigen Wegen, Gräben usw. (Verkoppelungskarten usw.) wird diesem Mangel bereits dadurch Rechnung getragen, daß hierfür in dem Preuß. Fin. Min. Erl. vom 14.12.1929 die Prüfung der Grenzen dieser Wege usw. grundsätzlich in ihrer Gesamtausdehnung gefordert wird. Sinngemäß müßte bei Grenzfeststellungen im Bereich der neueren Grundsteuermessungen die Wiederherstellung der benötigten Messungslinien in ihrer gesamten Länge ebenfalls grundsätzlich verlangt werden. Unter "in ihrer gesamten Länge" verstehe ich hier, daß die Messungslinien bis zu ihrem Einband in die Polygonseiten bzw. ihrem Ende darin wiederhergestellt werden müssen. D.h. also, die Polygonpunkte müssen aufgesucht und - wenn nicht auffindbar - wiederhergestellt und sofort dauerhaft vermarktet werden. Die Erfüllung dieser Forderung verursacht meist kaum mehr Zeitaufwand, als eine andere Grenzerstellung, die so gewissenhaft ausgeführt wird, daß sie in jedem Falle als einwandfrei bezeichnet werden kann. Wenn jedoch erst einige Polygonpunkte in einer Gegend aufgesucht bzw. sicher und einwandfrei wiederhergestellt sind, vereinfacht sich die örtliche Arbeit zunehmend und gestaltet sich immer leichter.

a. Wiederherstellung von Polygonpunkten.

Grundsätzlich müssen Polygonpunkte, deren Urvermarkung im Gelände noch vorhanden sind, aufgesucht werden.

Wiederherstellung nach Stückvermessung.

(Nach vorhandenen Gebäuden oder Grenzsteinen).

Eine Wiederherstellung von Polygonpunkten muß immer mit den in der nächsten Nachbarschaft noch vorhandenen Anhaltspunkten durchgeführt werden. Durch Anschluß an diese ist das "Prinzip der Nachbarschaft" zu wahren. Neben den aus der Stückvermessung aufgesuchten und wiederhergestellten Punkten sind auch die in früheren Messungen wiederhergestellten als gegeben zu betrachten, wenn sie einwandfrei hergestellt sind. Die eingehende Prüfung, ob die bei früheren Messungen vermarkten Polygonpunkte auch bestimmt aufgefunden oder einwandfrei wiederhergestellt sind, ist unerläßlich.

Wiederherstellung mit Hilfe von Winkeln und Strecken.

Allgemein.

Wenn die benötigten Polygonpunkte nicht alle aus der Stückvermessung wieder zu erhalten sind (oder diese Wiederherstellung nicht sicher genug ist), müssen die fehlenden zwischen den wiederhergestellten oder aufgesuchten mit Hilfe der Elemente der Urpolygonierung dazwischen geschaltet werden.

Bisher veröffentlichte Verfahren.

Viel ist bisher theoretisch über Wiederherstellung von Polygonpunkten geschrieben worden (1906 von Suckow angefangen bis 1952 von Dr. Wiedow). Meine eigenen Erfahrungen, die ich seit 1935 bei Anwendung bald des einen bald des anderen der wissenschaftlich einwandfreien Verfahren gewonnen habe, möchte ich dahin zusammenfassen, daß sie mir alle sehr zeitraubend erscheinen. Ich bin der Meinung, daß die meisten Verfasser allzusehr von der Freude an der wissenschaftlichen Lösung der Frage geleitet, dabei aber nicht genügend von der Notwendigkeit durchdrungen waren, der Praxis ein Verfahren zu weisen, das im Rahmen der Genauigkeit der Urmessung eine möglichst einfache und eine ein Minimum an Arbeitsaufwand fordernde Wiederherstellung gestattet.

Verfahren des Einschwenkens.

Zur Wiederherstellung fehlender PP, die nach der Stückvermessung nicht sicher zu erhalten sind, wende ich ein aus der Praxis von mir abgeleitetes Verfahren an, das ich das Verfahren des "Einschwenkens" nennen will. Im Kataster-

amtsbezirk Clausthal-Zellerfeld haben wir dieses Verfahren mit bestem Erfolg angewandt und stets die Urvermarkungen (wenn sie örtlich noch vorhanden waren) wenige Zentimeter neben den abgesetzten Sollpunkten gefunden. Auf das Verfahren des Einschwenkens selbst (rechnerische oder auch graphische Lösung) kann hier, um der notwendigen Kürze zu genügen, nicht weiter eingegangen werden.

b. Übersichtsblatt zur Planung der Wiederherstellung der PP.

Wenn nun in ein Übersichtsblatt (KaPlaka 1:5 000 für Gebiete mit kleinem Besitz oder Meßtischblatt 1:25 000 für Gebiete mit großen Flächen) alle bisher aufgefundenen, wiederhergestellten und vermarkten PP eingetragen werden, gewinnt man einen bildlichen Leitfaden für die zweckmäßige und planmäßige weitere Wiederherstellung. Wenn die überwiegende Zahl der PP wiederhergestellt ist, dann ist der Zeitpunkt für

c. die Erneuerung durch Neubeobachtung und Anschluß des Polygons an das Landesdreiecksnetz

gekommen.

Zunächst müssen die wenigen noch fehlenden PP aufgesucht bzw. wiederhergestellt und neu vermarktet werden. Wesentlich ist, daß die bis dahin bereits wiederhergestellten immer laufend bei den einzelnen Messungen in gleicher Weise vermarktet worden sind. Für den Übergang zur Neumessung bedarf es dann nur noch eines verhältnismäßig geringen Arbeitsaufwandes, nämlich der Beobachtung der Winkel und Strecken mit gleichzeitigem Anschluß an das Landesdreiecksnetz. Wir wollen nun klar unterscheiden: Die Wiederherstellung brauchte ich nur mit der Genauigkeit des Feldmesserreglements auszuführen; mit der Neubeobachtung und dem Anschluß an das Landesdreiecksnetz vollzieht sich jedoch der wichtigste Schritt zur Genauigkeit der Neumessung, zunächst hier für das Polygon in seinen Gauß-Krüger Koordinaten. Deshalb nehme ich die ursprünglich oft sehr gewundene Polygonzugführung nicht hin, sondern ich verbinde jetzt die alten PP zu völlig neuer Zugführung.

Trotz der neuen Zugführung soll die alte Numerierung der PP beibehalten werden, damit die Übereinstimmung mit den Unterlagen erhalten bleibt.

Mit dem Beibehalten der alten PP ist das Messungsliniennetz, das auch im allgemeinen - mit nur wenigen Ausnahmen - in Zukunft als neues Netz gut beibehalten werden kann, im neuen Gauß-Krüger-Rahmen eingeschlossen und mit ihm jede darin ausgeführte Messung.

d. Katasterrahmenkarten.

Ich kann sofort nach der Neuberechnung der P.-Züge Katasterrahmenkarten zeichnen, denn das alte Messungsliniennetz der Grundsteuermessung kontrolliert sich bei der Neukartierung im Gauß-Krüger-Netz. Damit ist die Karte der Wirtschaft sofort erreichbar (mit voll genügender Kartierungsgenauigkeit), und das Zahlen- und Urkundskataster entwickelt sich dann mit jeder Messung von selbst mosaikartig weiter zur Neumessung. So wird dieser Weg mit geringstem Aufwand schließlich allen Forderungen gerecht.

e. Messungsrisse.

Am deutlichsten **s i c h t b a r** wird der Übergang vom alten Grundsteuerkataster zur Neumessung durch die Übernahme der Ergebnisse **j e d e r** Messung in Messungsrisse (siehe hierzu Erlaß betr. Sichtung des Messungszahlenwerks). Diesem Erlaß entsprechend sind die Zahlen der Grundsteuermessungen erst dann in die Messungsrisse zu übernehmen, wenn ihre Richtigkeit durch einwandfreie Messungen nachgewiesen ist. Auf diese Weise entfällt die zeitraubende Arbeit der Sichtung und Reduzierung der Grundzahlen. Die Messungsrißfertigung könnte damit grundsätzlich zeichnerischen Kräften übertragen werden, die, außer kurzer Anleitung, keine weiteren technischen Kenntnisse dazu benötigen. Wenn man **s o g r u n d s ä t z l i c h j e d e** Messung in den Messungsriß übernimmt, wird sich die Arbeit in wenigen Jahren schon äußerst segensreich auswirken. Damit wird im Enderfolg für die Zukunft viele bisher immer wiederholt aufgebraachte Arbeit endgültig eingespart werden. In dieser Weise wird jetzt im Katasteramtsbezirk Clausthal-Zellerfeld seit 2 Jahren **j e d e** Messung nach der häuslichen Prüfung in Messungsrisse übernommen.

So füllt sich mit der Anfertigung der Messungsrisse auch das Zahlenkataster mosaikartig - entsprechend der örtlichen Erneuerung - mit der endgültigen Neumessung.

III. Erneuerung über Verkoppelungskarten.

1. Polygonierung bzw. deren Entwurf.

In allen Gebieten mit "Verkoppelungskarten" ist die wichtigste Voraussetzung für den Erfolg der Erneuerung die Schaffung eines einheitlichen Polygonpunktfeldes. Hierzu ist in einem lichtpausfähigen Übersichtsplan ein Polygonnetzentwurf und daneben in einer Katasterplankarte 1:5 000 ein Entwurf des Hauptmessungsliniennetzes (Wegeachsen) aufzustellen.

Mit dem letzteren Entwurf sind auch bereits die Wege-, Straßen- und sonstigen Knickpunkte festzulegen, an denen

Polygonpunkte vorgesehen werden. Diese Punkte sind bei den Messungen örtlich im Einzelnen auszuwählen (meist im Knickpunkt der Wegeachsen) und sofort endgültig als PP zu vermarken.

2. Festlegung der Wegeachsen usw. als Messungslinien.

Für alle Messungen in Gebieten mit Verkoppelungskarten hat die Wiederherstellung der Grenzen gemäß Erlaß des Preuß. Fin. Min. von 1929 zu erfolgen. Nach diesem Erlaß ist zur Grenzherstellung an gradlinigen Wegen, Gräben und ähnlichen Anlagen die Prüfung und Feststellung der Grenzen dieser Wege usw. grundsätzlich in ihrer Gesamtausdehnung erforderlich. Diese Wegeachsen sind für die Erneuerung des Katasters auch in der ganzen Länge durchzumessen, obwohl der Erlaß von 1929 ausdrücklich dies als nicht erforderlich bezeichnet. Solange jedoch die Wegeachsen in ihrer gesamten Länge noch nicht durchgemessen sind, ist die Eigenschaft einer Messungslinie nicht erfüllt, sondern nur die Richtung der Wegeseiten festgelegt. In dem Augenblick, in dem in einem Gebiet alle Wegeachsen festgelegt und durchgemessen sind, ist auch bereits der tragende Rahmen (in Bezug auf das Hauptmessungsliniennetz) neumessungsartig fertig.

Bei der Wiederherstellung von Wegeachsen wird man zweckmäßig kurz vor dem Ende des Weges bezügl. Vermarkung und Messung enden, und dann, wenn die Wiederherstellung der Achse des nächsten angrenzenden Weges notwendig wird, die kurze Verlängerung der ersten Wegeachsen in diese einbinden und vermarken. Es bedarf dann nur der Messung der kurzen Verlängerungsstücke, um das Messungsliniennetz zu schließen.

3. Messungsrißanfertigung.

Nach der Beendigung jeder Messung sind alle Maße sofort in einen Messungsriß zu übernehmen. Nach jeder späteren Messung werden die sich durch die Verlängerungen ergebenden endgültigen Maße in der Länge der Wegeachsen nachgetragen bzw. abgeändert.

4. Erneuerung durch Anschluß der vermarkten PP-Züge an das Landesdreiecksnetz.

Wenn nach und nach in einem abgeschlossenen Gebiet die Wegeachsen fast alle örtlich festgelegt und auch zahlenmäßig bestimmt und damit auch dem Entwurf entsprechend die Polygonpunkte des Polygonnetzes vermarkt sind, bedarf es schließlich auch hier nur noch einer recht geringen Arbeit: nämlich der Absteckung und Vermarkung der wenigen nach dem Entwurf noch fehlenden PP und der Winkel- und Streckenmessung. Damit wird endlich das gesamte Gebiet mit dem Polygon- und Messungsliniennetz als tragendem

Rahmen (in diesem Falle mit dem Netz der Wegeachsen, in die die Messungen neumessungsartig eingebunden sind) in das Landesdreiecksnetz eingefügt. Dann kann dieses Neumessungsergebnis auch voll der Herstellung neuer K a t a s t e r r a h m e n k a r t e n dienen.

IV. Erneuerung über alte Karten (Gutskarten usw. ohne Zahlen).

1. Polygonnetzentwurf.

In Gebieten, in denen nur alte Karten ohne Zahlen den Katasternachweis bilden (in Niedersachsen etwa 20 %) oder gar in "ungetrennten Hofräumen", ist vor allem ein einheitliches Polygonpunktnetz zu schaffen. Neben dem Polygonnetzentwurf in 1:25 000 ist in 1:5 000 (KaPlaKa) noch das Hauptmessungsliniennetz zu entwerfen.

a. Übertragung in die Örtlichkeit in einem Zuge.

Der Polygonnetzentwurf ist, wenn irgend möglich, in einem Zuge in die Örtlichkeit zu übertragen, zu vermarken und an das Reichsfestpunktfeld anzuschließen.

b. Allmähliche Übertragung bei Fortführungsmessungen.

Solange sich jedoch die Übertragung des gesamten Polygonnetzes in die Örtlichkeit in einem Zuge (aus Gründen der Zeit, der fehlenden Mittel oder des Personals) nicht oder nicht sofort ermöglichen läßt, hat dies spätestens zu Beginn der Messung wenigstens in Bezug auf diejenigen Polygonpunkte und Messungslinien zu geschehen, in die sich die Messung einfügen muß, damit sie vollendet als kleiner Teil der Neumessung für immer gelten kann.

2. Verwendung von Messungslinien aus früheren Messungen.

Meist liegen bereits mehrere Messungen aus verschiedenen Zeiten vor, bei denen Messungslinien gelegt wurden, die oft zusammenhanglos nebeneinander oder gar durcheinander laufen. Hier sind die geeignetsten Messungslinien auszuwählen und in den neu zu schaffenden tragenden Rahmen einzubeziehen, so daß sich (nach möglichst wenigen Ergänzungsmaßen) ein zusammenhängendes Messungsliniennetz ergibt.

B. SICHERUNG DER ERNEUERUNG DURCH GUTE VERMARKUNG.

Das Wichtigste an einer Messung ist die Vermarkung. Sie kann gar nicht gut genug erfolgen. Ministerialdirigent Dr. h. c. P f i t z e r meint: "Drei Dinge sind zur Herstellung und Erhaltung einer brauchbaren Katasterkarte

nötig: 1. Vermarkung, 2. Vermarkung und 3. nochmals Vermarkung! Fehlt die dauerhafte Vermarkung, so ist das Kataster minderwertig. Diese Regel hat k e i n e Ausnahme." Es ist sehr wertvoll und für die Zukunft arbeitserleichternd, wenn möglichst alle Polygonpunkte durch Granitlochsteine mit untergestellten Vierkantrohren vermarkt sind. Grenzpunkte sollten grundsätzlich (einheitlich) nur noch mit Granitgrenzsteinen und untergestellten halben Drainrohren vermarkt werden.

C. FINANZIERUNG.

Die Erneuerung wirft wegen der einseitigen Anhäufung von Arbeit und damit von Kosten unausweichlich die Frage seiner Finanzierung auf. Die Finanzierung wird für die allmähliche Erneuerung zur Zeit von Herrn Regierungsdirektor Dr. N i t t i n g e r mit aller Kraft erstrebt.

D. PERSONAL.

Nun mag hierzu der Einwand erhoben werden: Selbst wenn genügende Mittel für die Erneuerung bereitgestellt würden, so fehlt es heute einfach zur Durchführung dieser Arbeiten an Fachpersonal. Ich meine, auch diese Frage wäre lösbar, und zwar durch Verlagern der Arbeitsgebiete im Katasteramt nach Neueinstellung einfacher Kräfte.

E. SCHLUSS.

Ich möchte zum Schluß Herrn Ministerialdirigenten Dr.h.c. P f i t z e r zitieren, der in Bezug auf die Erneuerung meint: "In der verflossenen Epoche der Katastergeschichte ist schon soviel kostbare Zeit leider nutzlos vertan worden. Jahrzehnte sind ins Land gegangen, ohne daß die Erneuerung und Ausbesserung eines unzureichenden und mit den Jahren immer brüchiger werdenden Katasterwerks planmäßig, entscheidend und nachhaltig gefördert worden ist. Daß weitere fruchtlose Jahre sich daran reihen, dem kann ein Vermessungsleiter, der sich vor seinem Fachwissen verantwortlich fühlt, nicht mehr tatenlos zusehen."

AUS DER DISKUSSION ERGABEN SICH FOLGENDE GRUNDSÄTZLICHE GEDANKEN UND ANREGUNGEN:

Da die Verhältnisse in den einzelnen Gebieten sehr verschieden sind, kann der Vortrag nicht als Rezept aufgefaßt werden. Die jeweils besonderen Verhältnisse hat der Amtsleiter auf Grund seiner eingehenden Kenntnis zu

beurteilen. Er muß danach den zweckmäßigsten Ansatz einer konsequenten Planung in seinem Bezirk selbst erkennen und dementsprechend durchführen.

Bezüglich des Wertes der Grundsteuermessungen (II,2) wird neben Zustimmungen auch auf ihre Verschiedenartigkeit (trotzdem überall gleiche Bestimmungen galten) hingewiesen. Die Erfahrungen sind in dieser Beziehung nicht alle gleich, deshalb ist erst der einzelne Fall zu prüfen und demnach zu entscheiden.

Zur Wiederherstellung der Polygonpunkte (II,3 a) wird nochmals darauf hingewiesen, daß immer erst versucht werden muß, die Urvermarkungen wiederzufinden. Die Wiederherstellung soll möglichst einfach erfolgen. Die bisher bekannten Verfahren sind zu kompliziert.

Zu II,3 c wird ausgeführt, daß es in ländlichen Gemarkungen, wo wenig Veränderungen vorgekommen sind, selbstverständlich sein muß, die alten P.-Netze beizubehalten. Dagegen wird es in Gebieten mit starker Entwicklung nicht zu vermeiden sein, die alten Züge teilweise durch neue abzufangen oder zu ersetzen.

Ganz allgemein und zusammenfassend wird betont, daß mit Planung gearbeitet werden muß. Dann wird viel Zeit gespart und der tragende Rahmen schnell erreicht. Darüber hinaus muß das endgültige Ziel sein, zu einer Erneuerung der Karten (Katastrerahmenkarten) zu kommen. Nicht nur das Polygonnetz und die Messungszahlen werden gebraucht, sondern in erster Linie die neuen Karten.

Die Gebührenordnung der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung und ihre Anwendung

Kurzfassung des Vortrages von Oberregierungs- und -vermessungsrat Radamm,
Nds. Ministerium des Innern

GLIEDERUNG:

- A. Das Wesen der Erhebung von Gebühren für katasteramtliche Arbeiten.
 - 1. Begriffsbestimmung
 - 2. Historische Entwicklung des Gebührenwesens in der VuKV.
 - 3. Charakter der katasteramtlichen Arbeiten
 - 4. Gebührenbefreiungen
- B. Lage nach Erscheinen des Neuordnungsgesetzes 1934
 - 1. Begründung des Gesetzes
 - 2. Durchführung des Neuordnungsgesetzes hinsichtlich des Gebührenwesens
 - 3. Stand bei Bildung des Landes Niedersachsen
- C. Die GONi vom 1.10.1948
 - 1. Gesetzliche Grundlage
 - 2. Einzelpunkte der Neuregelung
- D. Die Gebührenordnung vom 28.11.1952.
 - 1. Gesetzliche Grundlage
 - 2. Richtlinien
 - 3. Erläuterungen zur Gebührenordnung
- E. Befreiungsbestimmungen
- F. Sonderfälle
 - 1. Gemeinsame Gebührenordnung für die NVuKV. und behördliche Stellen des Sondervermessungsdienstes
 - 2. Kosten bei Prüfung und Anfertigung von Lageplänen

A. DAS WESEN DER ERHEBUNG VON GEBÜHREN FÜR
KATASTERAMTLICHE ARBEITEN

1. Begriffsbestimmungen.

Bei der für Niedersachsen beabsichtigten Herausgabe eines Verwaltungsgebührengesetzes wird für die Abgrenzung der Steuern und Gebühren der § 1 (1) RAO als geltendes Bundesrecht zugrunde gelegt werden. Wesensmerkmal für Gebühren ist die Verbundenheit mit einer Sonderleistung des Staates. G e b ü h r ist danach die pauschal bemessene Leistung, die der Bürger zum vollständigen oder teilweisen Ausgleich der Unkosten, die er besonders verursacht hat, zu erbringen hat.

V e r w a l t u n g s g e b ü h r e n werden zur Deckung der Kosten für die Vornahme von Amtshandlungen erhoben, die

- a. auf eine willentliche Inanspruchnahme zurückgehen oder
- b. auf Grund gesetzlicher Ermächtigung in überwiegendem Interesse eines einzelnen vorgenommen werden.

B e n u t z u n g s g e b ü h r e n werden als Gegenleistung für die Benutzung öffentlicher Einrichtungen sowie für damit im Zusammenhang stehende Leistungen erhoben. Soweit diese Benutzung eine Verwaltungstätigkeit voraussetzt oder mit einer solchen verbunden ist, wird diese mit der Benutzungsgebühr abgegolten.

Alle der Verwaltung entstehenden Kosten sollen mit Ausnahme der besonderen Barauslagen abgegolten sein. Als besondere Barauslagen sollen die auf Verlangen eines Gebührenpflichtigen entstehenden Aufwendungen erachtet werden.

Bei Abgrenzung der Gebühren gegen die Auslagen sind zu verstehen:

unter G e b ü h r e n solche Kosten, die nicht aus Anlaß eines Einzelfalles entstehen, in welchem also Kräfte tätig werden, die sowieso vorhanden sind und deren Bezüge auch ohne den Einzelfall fällig werden,

unter A u s l a g e n solche Kosten, die nur aus Anlaß eines Einzelfalles entstehen, z.B. Löhne für nichtständige Meßgehilfen und sonstige Kosten wie Fahrkosten, Tagegelder, Übernachtungsgelder, nicht dagegen die Gehalts-, Vergütungs- bzw. Lohnanteile der Beamten, Angestellten bzw. ständigen Meßgehilfen.

2. Historische Entwicklung des Gebührenwesens in der VuKV.

Nach den Grundsteuergesetzen des vorigen Jahrhunderts

war der zuständige Fachminister zum Erlaß der zur Ausführung erforderlichen Vorschriften ermächtigt. Diese Gesetze waren auch die Rechtsgrundlage der Gebührenordnungen. (Weitere Ausführungen im Abschnitt B).

3. Charakter der katasteramtlichen Arbeiten.

Die Arbeiten sind zu bewerten nach der Bedeutung der VuKV. als der Behörde, die das Steuerkataster, das Eigentumskataster und das Wirtschaftskataster einrichtete und führt. Demgemäß war die Auswirkung auf das Gebührenwesen.

Bei Anlegung des Liegenschaftskatasters für Steuerzwecke handelte es sich ausschließlich um Hoheitsaufgaben.

Begriffsbestimmung nach den Verwaltungsgebührengesetzen:

H o h e i t s h a n d l u n g e n fließen aus der Verwaltungshoheit des Staates und werden von staatlichen oder auftragsweise auch von nichtstaatlichen Stellen in Erfüllung der dem Staat obliegenden Aufgaben amtlich ausgeübt. Eine Amtshandlung soll im wesentlichen ein allgemeines öffentliches Interesse treffen.

Voraussetzungen waren bei Anlegung des Liegenschaftskatasters erfüllt. Bei Erfüllung der Aufgaben nach Einführung der Grundbuchgesetzgebung waren Unterlagen für viele private Zwecke zu liefern. Benutzung der Unterlagen und Leistungen der Verwaltung (z.B. für gewerbliche, wirtschaftliche oder technische Zwecke) dienen also nicht mehr notwendig zur Erfüllung der dem Staat als solchem obliegenden Aufgaben, nicht unmittelbar der Verwirklichung eines wesentlichen Staatszwecks, sondern werden zufällig vom Staat ausgeführt, können aber auch von Personen usw. ausgeführt werden (z.B. Anfertigung von Karten, Ermittlung von Grundstückswerten u.a.m.). Nicht mehr uneingeschränkt Hoheitsaufgaben, sondern gewerbliche oder sonstige wirtschaftliche Arbeiten i.S. von § 60 RWB.

Vermessungswesen seit jeher Angelegenheit der Verwaltung, gehört trotz häufig enger Verflechtung mit Wirtschaftsfragen nicht überwiegend in das Wirtschaftsrecht, abgesehen von gewissen Einzelfällen, z.B. reinen ingenieurtechnischen Arbeiten, die nicht oder nur geringfügig für Ausgestaltung der amtlichen Vermessungswerke ausgewertet werden können. Daher hierbei andere Entgeltsmaßstäbe als bei Hoheitsaufgaben. Von Kostenerhebung bei ingenieurtechnischen Arbeiten ist teilweise abzusehen, sofern Liegenschaftskataster oder amtliche Kartenwerke im Landesinteresse ergänzt oder verbessert werden. Bei Hoheitsaufgaben dagegen Gebührenbefreiungen aus gesetzlichen Gründen oder Gebührenermäßigungen aus sozialen Erwägungen.

4. Gebührenbefreiungen.

Reichssiedlungsgesetz vom 11.8.1919, § 29: Alle Geschäfte und Verhandlungen, die zur Durchführung des Siedlungsverfahrens dienen, sind von allen Gebühren, Stempelabgaben und Steuern befreit.

a. Abgrenzung Auslagen/Gebühren bei gesetzlicher Gebührenbefreiung.

Nach VO v.6.9.1922 sind diese Geschäfte usw. auch von Katastergebühren befreit, soweit sie nicht nach den näheren Bestimmungen der Landeszentralbehörden als bare Auslagen anzusehen sind. Nach deren Regelung 1923/1924 waren Auslagen: Abschriften und Abzeichnungen, Reise- und Meßgehilfenkosten, dagegen Gebühren: Anteile an Gehältern und Vergütungen (in Gestalt der Grundgebühr).

b. Kostenerstattung für Leistungen auf Antrag anderer Verwaltungen.

Ausführungen siehe unter D. 2.

B. LAGE NACH ERSCHEINEN DES NEUORDNUNGSGESETZES 1934.

1940 wurden die Kosten für alle Ausfertigungen aus dem Begriff der Auslagen herausgenommen, sie wurden also zu Gebühren. 1948 wurde diese Bestimmung aufgehoben und der Zustand von 1923/1924 wiederhergestellt.

1. Begründung des Gesetzes

betont, daß Gebührenordnung wirtschaftlich tragbare Sätze enthalten müsse; Vermessungsgebühren müßten im Verhältnis zum Grundstückswert stehen, um insbesondere das Siedlungswerk nicht zu gefährden.

2. Durchführung des Neuordnungsgesetzes

hinsichtlich des Gebührenwesens

nicht erreicht. Lediglich Kosten für Abzeichnungen und Abschriften 1942 reichsrechtlich geregelt, nicht dagegen Kosten für Fortführungs- und ingenieurtechnische Messungen.

3. Stand bei Bildung des Landes

Niedersachsen.

Die unterschiedlichen Gebührensätze der 4 Landesteile wurden 1948 durch die Gebührenordnung (GONi) beseitigt.

C. DIE GONI VOM 1.10.1948.

1. Gesetzliche Grundlage.

a. Grundsteuer- und Verwaltungsgebührengesetze boten eine einwandfreie Grundlage. Veröffentlichung in den Ministerial- bzw. Gesetz- und Verordnungsblättern.

b. Grundgesetz sieht Regelung von Messungsgebühren nicht vor, daher Länderangelegenheit. Im Hinblick auf Artikel 129 (3) GG besteht aber keine einheitliche Auffassung. Für die Zeit vom 23.5.1949 - 30.11.1952 bestehen Zweifel, da die Veröffentlichung der GONI nicht als rechtsgültig erachtet wird.

2. Einzelpunkte der Neuregelung.

a. Erhöhung der Sätze?

Bei Festsetzung der Staffelsätze für die Grundgebühr wurde ein Mittel aus den bisher geltenden Sätzen der einzelnen Landesteile gebildet.

b. Kosten für Messungsunterlagen

wurden in die Grundgebühr einbezogen. Da dies Verfahren in seiner praktischen Anwendung nicht ganz einwandfrei ist, wird Herausnahme erwogen.

D. DIE GEBÜHRENVERORDNUNG VOM 28.11.1952.

1. Gesetzliche Grundlage

sind die Landerverwaltungsgebührengesetze. Kostenverzeichnis ist im wesentlichen aus der bisher geltenden GONI entwickelt und den Veränderungen angepaßt. Stark konzentrierte Fassung.

2. Richtlinien

erscheinen demnächst als Durchführungsbestimmungen. Bis auf 2 Punkte stimmen MdF. und MdI. überein. Zweifelhaft sind

a. Abgrenzung der Begriffe Auslagen/Gebühren bei gesetzlicher Gebührenbefreiung; ähnlich wie bei den Gerichtskosten sollen nur die Teile der Kosten als Auslagen angesehen werden, die die mechanischen Schreib- und Zeichenarbeiten abgelten sollen; aus Gründen der Geschäftsvereinfachung sollen nur 1/3 der Sätze nach den Ziffern 1 - 18 als Auslagen, 2/3 dagegen als Gebühren gelten; Entscheidung steht noch aus.

b. Erstattung der Kosten für auf Antrag anderer Verwaltungen geleistete Arbeiten der VuKV; das in der Verwaltung geltende

B r u t t o p r i n z i p erfordert es, die Aufwendungen eines jeden Verwaltungszweiges voll bei diesem in Erscheinung treten zu lassen und nicht etwa durch Gewähren von Gebührenvergünstigungen usw. auf andere Verwaltungszweige zu verlagern; bisher und in Zukunft konsequent verfolgen, bis Entscheidung ergeht.

3. Erläuterungen zur Gebührenverordnung.

a. § 1 sieht Erhebung von Kosten für Leistungen der VukV. vor. Bestimmung des Begriffs der L e i s t u n g e n aus der Begründung zum preußischen Verwaltungsgebührengesetz: Gesetzgeber wollte dort eine Vergütung verlangen, wo der Staat die ihm obliegenden Aufgaben erfüllt und zugleich einem Einzelnen unmittelbar eine Leistung zukommen läßt, um deren willen dieser den Staat angegangen oder die er sonstwie veranlaßt hat. Es wurde dem Staat ermöglicht, für seine in Ausübung seiner Hoheitsrechte vorgenommenen Amtshandlungen ein angemessenes Entgelt - eine Gebühr - zu verlangen und eine klare Übersicht darüber zu erreichen, inwieweit die Kosten der einzelnen Verwaltungszweige durch das Aufkommen an Gebühren gedeckt werden. Neben den Gebühren für Hoheitshandlungen sollten auch Leistungsvergütungen für solche behördlichen Leistungen erhoben werden, die nicht notwendig zur Erfüllung der dem Staat als solchem obliegenden Aufgaben, sondern zufällig vom Staat ausgeführt werden, aber auch von Privaten usw. ausgeführt werden können.

§ 1 bringt "Kosten" als Oberbegriff für "Gebühren" und "Auslagen". Ob auch die "Preise" des Niedersächsischen Landesvermessungsamts darunter fallen, könnte zweifelhaft sein. Klärung ist angeregt.

b. § 2 sieht im ersten Absatz den a l l g e m e i n e n Fall, im zweiten Absatz den E i n z e l f a l l vor, in denen Gebührenermäßigungen oder -befreiungen oder -erlasse eintreten können.

§ 2 (1) umfaßt die Möglichkeiten der Sonderregelung durch Gesetz, Verordnung oder Sondervereinbarung und ist nur im Einvernehmen mit dem MdF. anwendbar.

§ 2 (2) läßt Billigkeitsmaßnahmen zu, über die der MdI. allein entscheidet.

Die Anlage 4 (Zusammenfassung aller Sonderregelungen und -vereinbarungen) zur GONi wird neugefaßt herausgegeben werden.

E. BEFREIUNGSBESTIMMUNGEN.

Haushaltsrechtlicher Grundsatz bei Gebührenbefreiungen soll sein, sie eng auszulegen. Früher ergangene Befreiungs-

bestimmungen waren daher auf ihre Weitergeltung zu untersuchen. Bei dem Fall der Kleinsiedlung liegt nunmehr eine höchstrichterliche Entscheidung vor, nach der die früheren gesetzlichen Befreiungsbestimmungen weitergelten. Über die Auswirkung der am 26.2.1954 ergangenen Entscheidung des OVG Lüneburg wird ein RdErl. ergehen, insbesondere über die Gebührenpflicht oder -freiheit gemeinnütziger Siedlungsgesellschaften und über die Art der Berechnung der Auslagen.

F. SONDERFÄLLE.

1. Gemeinsame Gebührenordnung für die NVuKV. und behördliche Stellen des Sondervermessungsdienstes

wird angestrebt, um zu erreichen, daß alle Vermessungsdienststellen nach gleichen Grundsätzen und Sätzen abrechnen.

2. Kosten bei Prüfung und Anfertigung von Lageplänen.

Da abgesehen von Oldenburg und einigen Regierungsbezirken noch keine gesetzliche Grundlage besteht, wird diese angestrebt. Seit 1950 sind Kostenstaffeln A und B entwickelt und immer wieder den Gegebenheiten nach den gemachten Erfahrungen angepaßt worden. Sobald ausreichende Erfahrungen vorliegen, wird Übernahme der Staffelsätze in das Kostenverzeichnis angestrebt.

Grundsätzlich handelt es sich bei der Anfertigung von Lageplänen nur z.T. um Hoheitsaufgaben, zum anderen Teil aber um technische Aufgaben. Das Entgelt für die Hoheitsbehandlungen kann nur im Rahmen der Staffeln A, d.h. gemäß den entstehenden Auslagen bemessen werden. Die darüber hinausgehenden Kosten dienen der Erstattung von Auslagen für technische Arbeiten. Weder die Sätze nach Staffel A noch die der Staffel B können als Gebühren gelten, auf die verzichtet werden müßte, wenn das Bauvorhaben an sich gebührenbegünstigt ist.

AUS DER DISKUSSION ERGABEN SICH FOLGENDE GRUNDSÄTZLICHE GEDANKEN UND ANREGUNGEN:

Zu D 2:

Die Frage, ob $1/3$ der Sätze als ausreichend anzusehen ist, wird dahin beantwortet, daß es sich um eine vorläufige Mittelbildung handelt. Die Anteile bei den einzelnen Sätzen sind zwar verschieden groß; um jedoch die Handhabung des

Kostenverzeichnisses nicht zu erschweren, wurde 1/3 als Durchschnitt den noch schwebenden Erörterungen zu Grunde gelegt.

Zu D 3:

a. Auf die Frage, ob Fortführungsmessungen Hoheitsaufgaben sind, wird auf eine Entscheidung des Reichsfinanzhofs vom 14.3.1924 zur Umsatzsteuerpflicht katasteramtlicher Arbeiten verwiesen. Dabei Unterschied zwischen Geschäften, die das Katasteramt ausführen muß, und solchen, die es ablehnen kann und ggf. ablehnen muß. Die ersteren Arbeiten sind ein Ausfluß der Staatshoheit, sie können nur von einer mit obrigkeitlicher Eigenschaft ausgestatteten Stelle wahrgenommen werden. Ihnen kommt eine besondere öffentlich-rechtliche Bedeutung zu. Es handelt sich u.a. um Fortführungsmessungen und Grenzerstellungen sowie um die dazugehörigen technischen Arbeiten. Diese Tätigkeit hat den Zweck, die Unterlagen für die Berichtigung des Katasters zu beschaffen. Sie dürfen daher nur von der VuKV. oder von den ÖbVI. hergestellt werden. Sie genießen innerhalb gewisser Grenzen öffentlichen Glauben und sind ein unentbehrlicher Bestandteil der Ausführung des staatlichen Hoheitsaktes, der in der Fortführung des Katasters liegt. Dieselbe Tätigkeit ist auch den ÖbVI. übertragen, die insoweit an die Stelle der Katasterämter treten.

b. Es erscheint widerspruchsvoll, eine Leistung mit dem Grundstückswert zu verbinden. Es sollte grundsätzlich zu einer Leistungsgebühr übergegangen werden. Überschüsse sollten für die Erneuerung verwendet werden.

Nach der Begriffsbestimmung des preußischen Verwaltungsgebührengesetzes und aus sozialen Gründen kann der Wert nicht außer Betracht bleiben, zumal er nicht allein entscheidend ist, sondern auch die Fläche. Darüber hinaus ist aber die Erneuerung nicht allein Sache der Grundstückseigentümer oder -erwerber, sondern zum wesentlichen Teil auch des Staates. Endlich sind aus Gründen der Einheitlichkeit in etwa die Berechnungsmethoden der anderen Länder zu beachten, die auch den Grundstückswert mit berücksichtigen.

c. Es wurde gefragt, welche Bedeutung die Ausdrücke "Auslagen" und "bare Auslagen" haben.

Diese Unterscheidung kennen die Gebührenverordnung und das Kostenverzeichnis bzw. die Richtlinien nicht mehr. Dort heißt es nur noch "Auslagen", und wir vermeiden auch in Zukunft die Bezeichnung "bare Auslagen". Auslagen werden ihrer Natur nach immer zum großen Teil bar geleistet worden sein. Die Frage könnte sich mehr auf die spitze oder pauschale Ermittlung beziehen. Hierzu wird aber der im Abschnitt E angekündigte Runderlaß über die Auswirkung der

Entscheidung des OVG Lüneburg vom 26.2.1954 Näheres sagen.

Zu F.

a. Auf die Frage, warum der Unterschied zwischen den Sätzen A und B so hoch ist, ist nur zu sagen, daß A im wesentlichen Hoheitsaufgaben umfaßt, während B mehr technische Arbeiten abgelten soll, die auch zum Aufgabengebiet des ÖbVI. gehören. Im übrigen ist es dem Ermessen der einzelnen Instanzen überlassen, in besonderen Fällen die Kosten der Bedeutung des Objekts anzupassen. (Erl. v. 14.1.1952 - I/8 Verm - 3030 A - 2949/51 - Abschn. II f).

b. Nach den Einheitsbauordnungen kann die Baugenehmigungsbehörde die Vorlage eines durch einen ÖbVI. beglaubigten Lageplanes verlangen, wenn dem Plan eine besondere Bedeutung zuzumessen ist oder Zweifel an seiner Richtigkeit bestehen. Es muß lediglich der allgemeine Zweck der Hoheitsaufgaben entscheiden, nie der Selbstzweck, den die Verwaltung im übrigen mit dem Plan verfolgt.

c. Die außer Zusammenhang mit den Vortragsausführungen aufgeworfene Frage der Befugnis zur Vervielfältigung transparenter Abzeichnungen nach Eintragung grundlegender Ergänzungen und Änderungen kann nur nach Maßgabe urheberrechtlicher Erwägungen beantwortet werden. Ein Bundesurheberrechtsgesetz ist in Arbeit. Für Planungsarbeiten im Zuge von Aufbauvorhaben oder Vorhaben für den sozialen Wohnungsbau sind mit RdErl. v. 16.11.1950 - I/8 Verm - 1652 A - 2862/50 - Erleichterungen zugelassen worden. In allen anderen Fällen sind Urheberrechtsverletzungen auch weiterhin i.S. der bisher geltenden Auffassung zu verfolgen.

Personalnachrichten

(Auch zur Laufendhaltung der Dienstaltersliste bestimmt)

Beamte des höheren Dienstes

I. Ausgeschieden:

nach Ablegung der Großen Staatsprüfung

RVRef. Drees, Reg.Osnabrück	13. 5.54	F 47	-
RVRef. Dr. Roesler, Reg.Stade	20. 5.54	F 37	-
RVRef. Baasen, Präs.Oldenburg	20. 5.54	F 39	-
RVRef. Diekmann, Präs.Oldenburg	20. 5.54	F 43	-
RVRef. Harbers, Reg.Aurich	21. 5.54	F 41	-
RVRef. Grenda, Reg.Stade	21. 5.54	F 42	-
RVRef. Burghard, Präs.Oldenburg	21. 5.54	F 44	-
RVRef. Roth, Reg. Hannover	25. 5.54	F 36	-
RVRef. Thielhorn, Reg.Lüneburg	25. 5.54	F 46	-
RVRef. Held, Reg.Lüneburg	25. 5.54	F 48	-
RVRef. Leonhardt, Reg.Hildesheim	26. 5.54	F 38	-
RVRef. Schulz, Reg.Hildesheim	26. 5.54	F 40	-

II. Ernannt:

a) zum Regierungs- und Vermessungsrat

RVR. Arnold, KA. Helmstedt	1. 3.54	D 26	C 20
RVR. Müller, Oswald, KA.Celle	27.12.53	D 16	C 19

b) zum Regierungsvermessungsrat

AssdV. (Stadtverm. Rat z. Wv.) Löwe, KA.Vechta	13. 2.54	P 12	D 70a
(Anstellung 13.1.42)			

c) zum Regierungsvermessungsassessor

AssdV. Patzschke, KA.Burgdorf	1. 4.54	P 35	E 8a
-------------------------------------	---------	------	------

III. Versetzt:

RVR. Wandelt, v.KA.Hannover z.KA. Springe	1. 6.54	D 79	-
--	---------	------	---

Nr.d.Dienst- altersliste	
alt	neu

			Nr. d. Dienst-	
			alt	neu
RVR. Hintze, v.KA.Wildeshausen				
	z.KA.Brake	1.7.54	D 98	-
RVR. Löwe, v.KA.Vechta				
	z.KA.Wildeshausen	14.6.54	D 70a	-
RVR. Barke, v.KA.Salzgitter				
	z.KA.Gandersheim	1.7.54	D 96	-
RVass. Haupt, v.KA.Nienburg				
	z.KA.Salzgitter	1.7.54	E 10	-

Beamte des gehobenen Dienstes

I. Ausgeschieden:

a) durch Übertritt in den Ruhestand

VI. Güttler, Reg. Lüneburg	31.5.54	I 17	-
VI. Kleiber, KA. Osnabrück	31.5.54	I 18	-

b) auf Antrag

VI. Schröder, KA. Neustadt	28.2.54	I 72	-
----------------------------------	---------	------	---

II. Ernannt:

zum Vermessungsoberinspektor

VI.(VOI.a.D.) Heuser, KA. Osnabrück	1.4.54 (1.6.39)	I 40	H 5a
VI.(VOI.a.D.) Pflanz, KA. Hildesheim	1.4.54 (1.6.41)	I 135	H 6b
VI.(VOI.a.D.) Wisotzki, KA. Cuxhaven	1.4.54 (1.6.42)	I 61	H 8b
VI.(VOI.a.D.) Schulz, NLVA	1.4.54 (1.1.43)	I 10	H 11a
VI.(VOI.a.D.) Dreher, KA. Wildeshausen ..	1.4.54 (1.4.43)	I 63	H 11b
VI.(VOI.a.D.) Ohlhoff, KA. Hameln	1.4.54 (1.4.43)	I 164	H 12
VI.(VOI.a.D.) Lenze, KA. Wolfsburg	1.4.54 (1.8.43)	I 39	H 13a
VI.(VOI.a.D.) Brebbermann, Reg.Lüneburg .	1.4.54 (1.11.43)	I 82	H 13b
VI. Denz, Präs. Oldenburg	1.4.54	I 48	H 59
VI. Schönherr, NLVA	1.4.54	I 31	H 60

zum Regierungsoberinspektor

RI. Brandes, Präs. Braunschweig	1.4.54	I 47	H 61
---------------------------------------	--------	------	------

		Nr. d. Dienst-	
		altersliste	
		alt	neu
VI. Taetzel, Präs. Braunschweig	1.4.54	I 56	H 62
VI. Widmaier, KA. Wesermünde	1.4.54	I 107	H 63
VI. Flentje, KA. Hildesheim	1.4.54	I 138	H 64
VI. Borchert, KA. Bentheim	1.4.54	I 137	H 65
VI. Rübiger, NLVA	1.4.54	I 144	H 66
VI. Könemann, KA. Rinteln	1.4.54	I 210	H 68
b) zum Vermessungsinspektor			
ap. VI. Hollander, KA. Cloppenburg	1.3.54	K 51	I 201a
ap. VI. Rehling, NLVA.	1.3.54	K 6	I 230a
ap. VI. Danker, KA. Northeim	1.3.54	K 8	I 188
c) zum ap. Vermessungsinspektor			
VIA. Klöver, KA. Rotenburg	22.3.54	L 23	K 31
(Fachprfg. 17.3.54, Einstellung 22.3.54)			
VIA. Meinecke, KA. Neustadt	12.4.54	L 26	K 34
(Fachprfg. 17.3.54, Einstellung 12.4.54)			
VIA. Büttelmann, KA. Westerstede	25.3.54	L 24	K 32
(Fachprfg. 17.3.54, Einstellung 25.3.54)			
VIA. Hölscher, KA. Duderstadt	22.3.54	L 28	K 36
(Fachprfg. 17.3.54, Einstellung 22.3.54)			
VIA. Tietjen, NLVA	25.3.54	L 25	K 33
(Fachprfg. 17.3.54, Einstellung 25.3.54)			
VIA. Wagener, KA. Rinteln	13.4.54	L 27	K 35
(Fachprfg. 17.3.54, Einstellung 13.4.54)			
III. <u>Wiederverwendet:</u>			
als Vermessungsinspektor			
Stadt VI. z. Wv. Diedrigkeit, Präs. Braunschweig	1.2.54	Q 87	I 50
(geb. 13.9.02, Anstellung 1.9.38)			
IV. <u>Versetzt:</u>			
VIA. Klöver, v. Präs. Oldenburg			
z. KA. Rotenburg	22.3.54	L 23	-

				Nr. d. Dienst- altersliste	
				alt	neu
VIA. Meinecke, v.Reg. Lüneburg					
	z.KA. Neustadt	22.3.54	L 26	-	
VIA. Büttelmann, v.Reg. Stade					
	z.KA. Westerstede ..	22.3.54	L 24	-	
VIA. Hölscher, v.Reg. Osnabrück					
	z.KA. Duderstadt	22.3.54	L 28	-	
VIA. Tietjen, v. Reg. Stade					
	z. NLVA	22.3.54	L 25	-	
VIA. Wagener, v. Reg. Hildesheim					
	z. KA. Rinteln	22.3.54	L 27	-	
VI. Koppe, v.KA. Neustadt					
	z.Reg. Hannover	24.3.54	I 142	-	
ap.VI. Meyer, v.KA. Hannover					
	z.KA. Springe	4.1.54	K 18	-	
VI. Landau, v. KA.Osterholz- Scharmbeck					
	z. KA. Celle	1.6.54	I 242	-	
VI. Gronau, v.KA. Celle					
	z.KA. Osterholz- Scharmbeck	1.6.54	I 236	-	
VI. Philipsen, v.KA. Lingen					
	z.Reg. Osnabrück	31.5.54	I 58	-	
VI. Borchert, v.Reg. Osnabrück					
	z.KA. Bentheim	1.6.54	I 137	-	
VOI. Pflanz, v.KA. Hildesheim					
	z.KA. Göttingen	1.7.54	H 6 b	-	

V. Zum Vorbereitungsdienst einberufen:

Name	Bezirk	geb. am	Berufs- bezeich- nung	Einberufen am		
Kruse, Wilhelm	Osna- brück	18.5. 10	IngfVT.	1.4.54	-	L 42
Haack, Walter	Lüne- burg	17.3. 25	IngfVT.	1.4.54	-	L 43
Krieger, Karl-Heinz	Osna- brück	13.1. 28	IngfVT.	1.4.54	-	L 44
Duvenhorst, Dieter	Olden- burg	15.1. 29	IngfVT.	1.4.54	-	L 45
Schönherr, Manfred	Hanno- ver	27.2. 29	IngfVT.	4.4.54	-	L 46

Name	Bezirk	geb. am	Berufsbezeichnung	Einberufen am	Nr. d. Dienstaltersliste	
					alt	neu
Kriesten, Herbert	Osna-brück	9.4.29	IngfVT.	1.4.54	-	L 47
Behrens, Reinhard	Osna-brück	10.5.29	IngfVT.	1.4.54	-	L 48
Sprenger, Ernst	Hildesheim	5.5.32	IngfVT.	1.4.54	-	L 49
Grieß, Horst	Hannover	2.4.28	IngfVT.	1.5.54	-	L 50
Haupt, Walter	Braunschweig	10.3.19	IngfVT.	1.6.54	-	L 51

VI. Umstellung zur Dienstaltersliste:

VI. Müller, Heinrich	I 201a	I 201b
VI. Neuhaus,	I 201b	I 201c
VI. Jacobs,	I 230a	I 230b
VOI. Düpre,	H 6b	H 6c
VOI. Freise,	H 6c	H 6d
VOI. Schultz,	H 8b	H 8c
VOI. Ludewig,	H 13b	H 13c
VOI. Stein,	H 13c	H 13d

Beamte des mittleren Dienstes

Zum ap.Vermessungsassistent ernannt:

VAssA. Hellmoldt, Rolf	21.5.54	0.III 2	0.III 1
KA. Hildesheim (geb.15.1.27, Fachprfg.27.4.54, Anstellung 21.5.54)			

Angestellte der Vergütungsgruppen III - V T0.A

I. Eingestellt:

Name	Berufsbez. Akad. Grade	Dienststelle	geb. am	Hochschulabschluß-Verwaltgs.-Prüfung	Eintritt		
Meyer, Friedrich	AssdV. Dipl. Ing.	KA. Hannover	1.5.23	DHPr.15.11.49 GStPr.11.2.54	1.5.54	-	P 40

Nr. d. Dienst- altersliste	
alt	neu
P 30	-
-	Q 119

II. Versetzt:

AssdV. Feindt, v.Reg. Aurich
z.KA. Bremervörde 1.7.54

III. Höhergruppiert:

N a m e	geb. am	Berufs- bezeich- nung	Dienst- stelle	Ein- tritt	behördl. Ing.-Prfg.	eingrup- piert
Israel, Fritz	23.11. 08	BgVT.	KA.Su- lingen	1.4. 23	<u>30.4.31</u> -	1.3.54 (Va)

Sonstige Nachrichten

(Abschnitt IV der Dienstaltersliste)

Präs.Oldenburg, Übernahmebüro der Bodenschätzung,
Rufnummer statt 62 91 jetzt 55 70

Reg. Aurich, Verm.u.Kat.Verw.,
Rufnummer statt 441/6 jetzt 20 41 und
20 51

Reg.Bez. Stade, KA. Verden,
Rufnummer statt 295 jetzt 22 95

KA. Wesermünde,
Rufnummer statt 25 98 jetzt Bremerhaven 81 498

Prüfungsnachrichten

Große Staatsprüfung

Prüfungstermin

RVRef. Drees,	Reg. Osnabrück	13.5.54
RVRef. Dr. Roesler,	Reg. Stade	20.5.54
RVRef. Baasen,	Präs. Oldenburg	20.5.54
RVRef. Diekmann,	Präs. Oldenburg	20.5.54
RVRef. Harbers,	Reg. Aurich	21.5.54
RVRef. Grenda,	Reg. Stade	21.5.54
RVRef. Burghard,	Präs. Oldenburg	21.5.54
RVRef. Roth,	Reg. Hannover	25.5.54
RVRef. Thielhorn,	Reg. Lüneburg	25.5.54
RVRef. Held,	Reg. Lüneburg	25.5.54
RVRef. Leonhardt,	Reg. Hildesheim	26.5.54
RVRef. Schulz,	Reg. Hildesheim	26.5.54